

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 2/14. Jhg.

Mitteilungsblatt

April 2008

---

Zu diesem Heft:

In diesem Heft werden Vorträge und weitere Beiträge der Konferenz "Die Spaltung Deutschlands 1948/49" (am 1. März 2008 in Berlin) dokumentiert. Die Konferenz unterstrich, dass die Entwicklung nicht alternativlos war. Sie umriss die Chancen und realen Ansätze zu demokratischen, antimonopolistischen Veränderungen. Sie machte deutlich, dass diese eine breite Unterstützung weit über die Arbeiterbewegung hinaus, bis in die bürgerlichen Parteien hinein erfuhren und auch in alliierten Regierungskreisen ein Echo fanden.

Die Konferenz zeigte, dass die Spaltung Deutschlands, verbunden mit der kapitalistischen Restauration im Westen, kein automatischer Prozess war, sondern von Kräften des internationalen und des deutschen Kapitals nur gegen starke Widerstände in Gang gebracht und durchgesetzt werden konnte.

Deutlich wurde auch die Rolle von KPD und SED als Partei der deutschen Einheit, die sich konsequent auf ein friedliches und antifaschistisches Gesamtdeutschland orientierte, um einen entsprechenden Konsens in einem möglichst breiten Kräftespektrum bemüht war. Dazu gehörte auch ihr Eintreten für eine antifaschistische Zusammenarbeit mit den Alliierten und für die Verständigung zwischen diesen.

Von diesen Ergebnissen ausgehend sollte – im Konnex mit der öffentlichen Debatte 2008/2009 – die weitere Diskussion sich Fragen widmen wie den sozialökonomischen Grundlagen der BRD und ihrer Politik, gesellschaftlichen Kontinuitäten über 1945 hinaus, den Strukturen, Mechanismen und Methoden der Machtausübung in der BRD und den historischen Wurzeln, der Formierung, Entwicklung und gegenwärtigen Rolle des Überwachungs- und Repressionsapparates der BRD.

Auf der Hand liegt der Zusammenhang mit den aktuellen Auseinandersetzungen über die wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Verpflichtungen des BRD-Staates, Schäubles Demokratieabbau, dem (sich

verstärkenden) Antikommunismus als Staatsdoktrin und der *praktischen* Förderung des Neonazismus unter der demagogischen Parole "Gegen Rechts- und Linksextremismus".

Das Kolloquium "Walter Ulbricht in seiner Zeit" am 14. Juni 2008 wird Gelegenheit geben, den Versuch der Gestaltung einer neuen, *alternativen* Gesellschaft und seine Probleme sowie die Erfahrungen und Lehren dieses Versuchs zu erörtern und sich mit der staatlich verordneten Verfälschung der Geschichte der DDR - als Kehrseite und Vehikel unverfrorener BRD-Apologiek - auseinanderzusetzen.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Georg Fülberth	
Spaltung Deutschlands – Kapitalismus – Klassenbeziehungen	S. 3
Prof. Dr. Rolf Badstübner	
Nachkriegsalternativen der deutschen Geschichte (1946 – 1952)	S. 5
Prof. Dr. Günter Benser	
KPD und SED in den Auseinandersetzungen um Einheit oder Teilung Deutschlands	S. 15
Werner Ruch	
Vor 60 Jahren erfolgte die Gewerkschaftsspaltung in Berlin	S. 22
Dr. Kurt Laser	
Spaltungen in der Berliner Wirtschaft	S. 30
Zum 150. Geburtstag von Adolph Hoffmann	S. 35
Ergänzung des Veranstaltungsplans	S. 35
Einladung zum Kolloquium "Walter Ulbricht in seiner Zeit" am 14. Juni 2008	S. 36

---

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt – in der Regel über Internet bzw. E-Mail.

Internet: [www.die-linke.de/marxistischer\\_arbeitskreis](http://www.die-linke.de/marxistischer_arbeitskreis)  
E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Interessenten ohne Internet-Zugang sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion (siehe unten). Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-9355139

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juli 2008.

Prof. Dr. Georg Fülberth

## **Spaltung Deutschlands - Kapitalismus - Klassenbeziehungen**

### *Vorbemerkung*

Ursachen und Folgen der Spaltung Deutschlands sind schon so oft erörtert worden, dass sich inzwischen fragen lässt, ob das Thema nicht erschöpft ist. Unter zeitgeschichtlichem Aspekt dürfte dies zutreffen. Auch die nach wie vor kontroversen Wertungen sind bekannt. Es ist nicht sinnvoll, dies alles zu wiederholen. Deshalb möchte ich im Folgenden zwei Fragen nachgehen:

1. Welche Stellung hatten Spaltung und Wiedervereinigung in der Geschichte des deutschen Kapitalismus?
2. Wie wirkten sie sich auf die kapitalistischen Klassenbeziehungen aus?

### *Kapitalismus und Nation*

1945 ist der deutsche Nationalstaat untergegangen, und 1990 ist er auch nicht wieder entstanden.<sup>1</sup> Er war ohnehin eine auf die Zeit 1871 bis 1945 begrenzte Episode. In Westeuropa und Nordamerika war der Nationalstaat die adäquate politische Voraussetzung für die industrielle Revolution. Diese Funktion hatte in Deutschland der Regionalstaat: in Teilen Preußens (Rheinland, Berlin) und in Sachsen wurden die Voraussetzungen für die ursprüngliche Akkumulation genutzt. Die viel beklagte "Kleinstaaterei" schadete nicht, im Gegenteil: Hier bestanden oft eine gute Infrastruktur und günstige Finanzierungsbedingungen durch regionale Geldinstitute. Erst in einer neuen Phase – zirka seit der Gründung des Zollvereins 1834/35 – war ein weiterer, letztlich nationaler Rahmen notwendig: Das mittlerweile akkumulierte Kapital benötigte einen einheitlichen Markt. Der vorläufige Abschluss dieses Prozesses war die Gründung des Deutschen Reiches 1871. Sie erfolgte insofern verspätet, als die Zeit des auf sich selbst beschränkten Nationalstaates inzwischen abgelaufen war. Großbritannien hatte sich schon seit dem 16. Jahrhundert (damals begann die "Irische Frage") nicht damit begnügt; im 18. Jahrhundert in Indien und Nordamerika den Kampf um koloniale Vorherrschaft gegen Frankreich geführt (und gewonnen), die nach 1776 zwar die Neuenglandstaaten verloren, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber sich endgültig zum Kern eines Empire gestaltet. Auch die anderen hoch entwickelten Industriestaaten traten nun in die Periode des Imperialismus ein. Dieser aber hat die Tendenz, den Nationalstaat aufzuheben. Die ideologische Signatur des ersten Weltkrieges war zwar der Nationalismus, aber seine Ziele gingen darüber hinaus. Eric J. Hobsbawm beschrieb dies so: "Weshalb also wurde der Erste Weltkrieg von den führenden Mächten beider Seiten als Nullsummenspiel geführt, als ein Krieg also, dessen Ausgang nur ein totaler Sieg oder eine totale Niederlage sein konnte?"

Der Grund dafür war, daß sich dieser Krieg, im Gegensatz zu den (normalerweise begrenzten und spezifizierten) früheren Kriegen, auf unbegrenzte Ziele richtete. Im imperialen Zeitalter waren Politik und Wirtschaft miteinander verschmolzen. Internationale politische Rivalität ahmte Wirtschaftswachstum und Wettbewerb nach, deren charakteristisches Merkmal es ja schon prinzipiell war, grenzenlos zu sein. 'Die <natürlichen Grenzen> von Standard Oil, der Deutschen Bank oder der De Beers Diamond Corporation lagen dort, wo das Universum endet, zumindest aber erst da, wo ihre Expansionsfähigkeit endete!' "2

Auch der Versuch des Hitlerfaschismus, ein europäisches, ja ein Weltreich zu gründen, war insofern eine Negation des bisherigen deutschen Nationalstaats. 1945 vollendete sich diese allerdings anders als geplant. Mit der Teilung Deutschlands war der deutsche Nationalstaat an sein Ende gekommen. Konrad Adenauer bestätigte dies durch die Westintegration. Allerdings verstand er sie als supranationales Mittel zum nationalen Zweck: Durch die Abgabe von Souveränität an überstaatliche europäische und atlantische Machtblöcke sollte ein Drohpotential gegen die Sowjetunion aufgebaut werden, das diese zum Rückzug aus der DDR zwingen könne.

Als dies 1990 erreicht war, entstand der deutsche Nationalstaat allerdings nur scheinbar. In Wirklichkeit war er gleich doppelt regionalisiert:

1. Durch die Einbindung in die Europäische Union und in den globalisierten Weltmarkt ist die Bundesrepublik Deutschland nur noch eine Region innerhalb des Gesamtkapitalismus.
2. Zugleich ist sie nach innen hin regional unterlaufen. Bayern zum Beispiel könnte ökonomisch besser alleine regieren als umgekehrt die BRD ohne Bayern.

Die erste Feststellung gilt für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (die Einbindung in den Weltmarkt trifft auch auf die Nichtmitglieder zu), die zweite immerhin für mehrere davon: Nicht nur in der Auffassung der Lega Nord ist das transpadanische Italien etwas ganz Anderes als die Mitte und der Süden des Landes; Belgien droht in Flandern und Wallonien zu zerfallen, in Spanien gewinnen Autonomiebestrebungen an Akzeptanz. Bedenkenswert ist, ob mittlerweile Nationalität schon in Imperialität unter US-amerikanischer Hegemonie aufgehoben ist.<sup>3</sup> Die innerkapitalistische Konkurrenz besteht fort. Dies ist eine der Ursachen dafür, dass der Nationalstaat nicht einfach verschwindet, sondern dass er eine Durchsetzungsfunktion einerseits gegenüber anderen "Standorten" ebenso behält wie Aufgaben zur Regulation von Klassenverhältnissen, die nicht ausschließlich transnational erledigt werden können.

Die deutsche Teilung 1945/49 bis 1990 und ihre Überwindung 1990 sind also nur Durchgangsphasen im Prozess der Akkumulation des Kapitals.

*Der europäische Bürgerkrieg*

Gleiches gilt für ihre Stellung in der Geschichte des "Europäischen Bürgerkriegs". Darunter verstand der Historiker Isaac Deutscher 1967 kurz vor seinem Tod den Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Europa. Populärer wurde dieser Begriff in der Verwendung von Ernst Nolte. Er verstand darunter die Auseinandersetzung des "liberalen Systems" mit dem Bolschewismus bis hin zu seiner zwischenzeitlichen Selbstaufhebung im Faschismus. Dieser Konflikt habe 1917 begonnen. Luciano Canfora<sup>4</sup> sieht dies anders. Für ihn begann der "europäische Bürgerkrieg" bereits 1914. Damals warf der Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat seinen bislang relativ "friedlichen" Charakter (den er allerdings bereits in der Juni-Schlacht 1848 und in der Niedermetzlung der Kommune 1871 zeitweilig verloren hatte) ab und externalisierte sich als Weltkrieg. Aus diesem ging die Oktoberrevolution hervor. Faschismus und Zweiter Weltkrieg waren weitere Etappen.

Etwas Neues aber entstand – Canfora zufolge – mit der Antihitlerkoalition. Sie war nicht nur eine klassische außenpolitische Kriegsallianz, sondern leitete eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaften Europas ein. In ihnen entstand nun, was Canfora "Fortschrittliche Demokratien" nennt. Soziale Gleichheit wurde zu ihrer Voraussetzung. Dieser Demokratietyp wurde in den Verfassungen Frankreichs und – vor allem – Italiens sowie (von Canfora nicht erwähnt) mehreren deutschen Landesverfassungen (darunter der hessischen) entworfen. Zu seinen Theoretikern gehörten Harold Laski, Palmiro Togliatti und Silvio Trentin. Er kennzeichnete in den Jahren 1945 bis 1947 auch die mittel- und osteuropäischen Volksdemokratien.

In den USA hatte bereits Franklin D. Roosevelt seit 1933 sozialstaatliche Experimente unternommen. Aber erst mit dem Übergang zur Kriegswirtschaft konnte die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten überwunden werden. Ab 1945 ging in den USA die Furcht vor einer neuen Überakkumulationskrise um. Die Ausrufung des kalten Krieges diente unter anderem ihrer Verhinderung durch einen neuen Rüstungs-Keynesianismus. Zu den Folgen gehört die Spaltung Deutschlands. Der europäische Bürgerkrieg wurde also fortgesetzt, und in ihm gingen die Ansätze einer Fortgeschrittenen Demokratie im Osten und im Westen unter. Ein Entwurf für dieses Modell war auch die DDR-Verfassung von 1949. Sie war bekanntlich für ganz Deutschland entworfen. Das Grundgesetz von 1949 enthielt – besonders in seinen Artikeln 14 und 15, insgesamt aber schwächer – ebenfalls Momente der Fortgeschrittenen Demokratie, die in den ost- und westdeutschen Landesverfassungen (im Westen zum Beispiel in der hessischen) deutlicher ausgebildet waren. Es ist bekannt, dass beide Systeme im Kalten Krieg ihre Ausdehnung auf ganz Deutschland anstrebten. Die Bundesrepublik hat diesen Anspruch bis 1990 erfolgreich durchgehalten. Nach dem 17. Juni 1953 war der Führung der UdSSR und der DDR bewusst geworden, dass sie, anders als die Bundesrepublik, dieses offensive Herangehen nicht beibehalten konnte. Ab 1955 propagierten sie die Zwei- (einschließlich Westberlins: Drei-) Staatentheorie und waren schließlich 1975 (Schlussakte der Konferenz von Helsinki) damit sogar erfolgreich. Aber es war nur ein Defensivsiege: Nicht nur waren seine Ergebnisse von lediglich kurzer

Dauer, sondern die ehemalige Perspektive der Fortgeschrittenen Demokratie war in Ost und West längst verloren gegangen.

Anmerkungen:

1 Fülberth, Georg: Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 2007.

2 Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 3. Aufl. , München 1999, S. 47. Hobsbawm zitiert hier: Hobsbawm, Eric: The Age of Empire. 1875 – 1914, London 1997, S. 318.

3 Siehe Rilling, Rainer: Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 1911. In: Brie, Michael (Hrsg.): Schöne neue Demokratie – Elemente totaler Herrschaft. Mit einem Essay von Rainer Rilling zur US-amerikanischen Imperialitätsdiskussion, Berlin 2007, S. 141 – 207.

4 Canfora, Luciano: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union, Köln 2006.

Prof. Dr. Rolf Badstübner

### **Nachkriegsalternativen der deutschen Geschichte (1946 - 1952)<sup>1</sup>**

Im Rückblick auf die Zeit vor sechzig Jahren fragt man sich, ob es nicht vor der Spaltung Deutschlands oder vielleicht auch noch danach Möglichkeiten alternativer Entwicklungen gegeben hat, so dass die deutsche Nachkriegsgeschichte einen anderen Verlauf genommen hätte. Diese Frage stellt sich sicher ein ehemaliger DDR-Bürger eher als einer der ehemaligen Bonner Republik, der dazu neigt, die Berliner Republik sozusagen als selbstverständliches, letztlich alternativloses Produkt der deutschen Nachkriegsgeschichte zu betrachten. Doch das kann sie keineswegs beanspruchen, denn vor allem in der ersten Nachkriegsperiode, die von tiefgreifenden Transformationen geprägt war, eröffneten sich im Umfeld einer deutschen Friedensregelung Perspektiven auf ein Deutschland mit einem ganz anderen gesellschaftspolitischen Profil. Da man darüber in den einschlägigen Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Berliner Republik, die durch billige Lizenzausgaben der Bundeszentrale für politische Bildung weite Verbreitung finden, kaum etwas lesen kann, erscheint es mir um so wichtiger, dies ins Blickfeld zu rücken.

Am größten und weitreichendsten war zweifellos die Chance von 1947, denn in diesem Kontext hätte in Deutschland, um einen Ausspruch von Jürgen Kocka aufzugreifen, keiner auch nur einen Pfifferling auf die Fortexistenz des Kapitalismus gewettet. Und ich möchte ergänzen: Die Überzeugung, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist, war in Deutschland wohl nirgendwann so mehrheitsfähig, wie in der



deutschen Zusammenbruchsgesellschaft in den Anfangsjahren nach Ende des zweiten Weltkrieges. Und letzten Endes war diese Tatsache der tiefste Grund für die Spaltung.

Aber ging es, nachdem die vier Siegermächte die oberste Regierungsgewalt übernommen hatten, überhaupt nach dem Willen der Deutschen? Und hatte denn selbst ein deutscher Mehrheitswille für eine antikapitalistische Entwicklung unter den gegebenen Besatzungsbedingungen überhaupt eine Realisierungschance bei drei Besatzungsmächten mit kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen? Doch Nazideutschland hatte alle Maßstäbe außer Kraft gesetzt, es galten nicht mehr die üblichen Spielregeln und die Welt befand sich in ungeheurer Bewegung, so dass beim Übergang vom Krieg zum Frieden alles nicht so einfach und eindeutig war. Die Briten wählten im Juli 1945 völlig überraschend ihren Kriegshelden Churchill ab und entschieden sich für den Laboursozialismus und in Frankreich erstarkte die Kommunistische Partei enorm und verfügte zeitweilig mit den Sozialisten zusammen über Mehrheiten. Auch die 1944 erfolgte Wiederwahl Roosevelts war als Votum für dessen Reformpolitik und auch für seine One-World-Verständigungspolitik zu verstehen. Im Kontext des New Deal war der Einfluss der Popular Front und auch linksliberalen Denkens stark gewachsen und der von Big Business zurück gedrängt worden. "Es fiel den New Dealern nicht schwer, ihre Abneigung gegen das amerikanische Big Business auf das deutsche zu übertragen", stellte Hans-Peter Schwarz missbilligend fest.<sup>2</sup> Dieses Amerika war nicht das des kalten Krieges und McCarthys. Das Umfeld war dergestalt, dass mit dem Sozialwissenschaftler und Juristen Franz Neumann ein führender Kopf der "Frankfurter Schule" die Deutschlandplanungen im amerikanischen Geheimdienst (OSS) und auch die Vorbereitungen des Nürnberger Prozesses stark beeinflussen konnte, wofür er insbesondere durch sein grandioses Werk Behemoth<sup>3</sup>, der damals besten marxistischen Faschismusanalyse<sup>4</sup>, besonders prädestiniert war. Auch beim Kontrollratsgesetz Nr. 10 lässt sich das feststellen und die Direktive 24 legte ganz im Sinne der von Neumann festgemachten Funktionselementen Maßnahmen fest zur Säuberung des öffentlichen Lebens in Deutschland, leitender Stellungen in Wirtschaft (einschließlich privater Unternehmen), Politik und Kultur von Personen, die mit Nationalsozialismus und Militarismus und anderen reaktionären Traditionen in Verbindung zu bringen waren, oder die den alliierten Zielen feindlich gegenüber standen, wobei nicht weniger als 99 Kategorien von Personen aufgelistet wurden.

Als Schlussfolgerung aus seiner Faschismusanalyse hatte Neumann festgehalten: "Um die Aggression zu beseitigen, muss außer der Entmachtung von Partei, Wehrmacht und hoher Bürokratie die Macht der Monopolwirtschaft endgültig gebrochen und die ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend geändert werden."<sup>5</sup> Dies fand seinen Niederschlag auch im bedeutsamen Bericht des Kilgore-Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses vom März 1945, in dem die Verantwortlichkeit und Mitschuld von 42 namentlich benannten deutschen Großindustriellen dargelegt und deren Entmachtung und Bestrafung verlangt wurde. Dass die amerikanische Militärregierung (OMGUS) den Kilgore-Bericht am 12. Oktober 1945 auszugs-

weise in der für die deutsche Bevölkerung herausgegebenen "Allgemeinen Zeitung" abdrucken ließ, konnte oder musste als politische Absichtserklärung interpretiert werden. Die US-Besatzungsoffiziere in Deutschland erhielten im Mai 1945 als Handlungsorientierung einen Leitfaden, zu dem der eher konservative politische Berater Eisenhowers, Robert Murphy, folgende Erklärung abgab: "C. Als eine allgemeine Regel gilt, Industrielle, Großgeschäftsleute und große Grundeigentümer müssen als verdächtig angesehen werden; alle diese Gruppen haben entweder den Nazismus, den Militarismus oder den deutschen Nationalismus unterstützt, nicht erst seit 1933, sondern lange vorher. Es gibt sicher individuelle Ausnahmen ..."<sup>6</sup>

Dem entsprachen Planungspositionen und Absichten auf britischer Seite, wie sie zum Beispiel der britische Außenminister, Anthony Eden, in einem Memorandum für das Armistic and Post-War-Committee vom 19. Juli 1944 festhielt und die in der Feststellung gipfelten, dass die deutschen "Junker und Industriellen als unsere gefährlichsten Feinde" zu betrachten und dementsprechend zu behandeln seien. Dazu gehöre auch die "Zerschlagung der großen Landgüter".<sup>7</sup>

Zunächst befanden sich Gegner oder Bezweifler solcher und ähnlicher Positionen in Washington und London und in den Militärverwaltungen und auch in der öffentlichen deutschen Nachkriegslandschaft eindeutig in der Defensive. Der linksliberale Rechts- und Staatswissenschaftler John Herz, der zur Neumanngruppe gehört hatte, stellte 1983 in einem Interview, die übliche Unterscheidung zwischen zwei Linien in der amerikanischen Deutschlandpolitik kritisierend, fest: "Vernachlässigt wird, gerade auch von der deutschen Forschung, eine dritte Richtung, die dazwischen lag und die vielleicht sogar damals die vorherrschende war - bei den Emigranten ohnehin, aber eben auch in den amerikanischen Regierungsstellen. Sie ... glaubte an die Möglichkeit, ein demokratisches Deutschland jenseits von Agrarisierung, aber auch jenseits des westlichen Kapitalismus schaffen zu können - ein Deutschland mit einer demokratischen Verfassung, die alle Optionen vorläufig offen lassen würde."<sup>8</sup> Herz hatte völlig Recht und dies ist von grundlegender Bedeutung. Nur, wenn man vom Vorherrschen dieser dritten Richtung ausgeht, kann man die Beschlüsse der Antihitlerkoalition im Sinne von systemüberbrückenden Kompromissen in Richtung "dritter Wege" richtig interpretieren und überhaupt verstehen, wie es zu einer Art Grundkonsens über die Besetzungsziele kommen konnte.

Die vier Mächte besetzten Deutschland im Unterschied zu Österreich als besiegt Feindland. Das besondere daran war, dass sie dabei eine Art alliiertes Deutschlandprojekt verfolgten, das in den Beratungen und Beschlüssen der "Großen Drei" während des Krieges und kurz danach ziemlich konkrete Gestalt angenommen hatte und sich nicht nur auf das Potsdamer Abkommen reduzierte, obwohl diesem natürlich der oberste Rang zukam. Die Eigenart der Situation wird dann besonders deutlich, wenn man sich vergewissert, dass dieses Deutschlandprojekt weitgehend angloamerikanischen Ursprungs war, wie ja auch das Potsdamer Abkommen auf einem amerikanischen Entwurf basierte. Die Sowjetunion befand sich in der angenehmen

Lage, dass sie sich mit ihren eigenen deutschlandpolitischen Planungen und Absichten in einem hohen Maße eintakten konnte.

Das alliierte Deutschlandprojekt ging weit über bisher übliche Waffenstillstands- und Friedensregelungen hinaus; es beinhaltete nichts weniger als gesellschaftspolitische Umgestaltungen, Inhaftierung und Bestrafung der Schuldigen, Elitenwechsel, Umerziehung und Anderswerden, wobei dem Nürnberger Prozess mit seinem Vorstoß in neue völkerrechtliche Dimensionen eine besondere Bedeutung zukam. Nationalsozialismus und preußisch-deutscher Militarismus sollten nicht nur in ihren Erscheinungsformen liquidiert, sondern mehr noch mit ihren gesellschaftlichen Grundlagen und Verwurzelungen, mit ihren Ideologien samt allen reaktionären Traditionen ausgerottet werden. Nur durch einen solchen radikalen Zugriff und mittels einer ganzen Transformationsperiode glaubte man, ein für allemal erreichen zu können, dass Deutschland niemals wieder einen Aggressions- und Eroberungskrieg unternimmt und den Frieden und seine Nachbarn bedroht.

Die ersten beiden Nachkriegsjahre standen in allen Besatzungszonen noch ganz im Zeichen intensiver alliierter Bemühungen, dieses Deutschlandprojekt – unter Einbeziehung deutscher Verwaltungen, Parteien und Organisationen – umzusetzen. Das geschah auf unterschiedliche Art und Weise, mit unterschiedlicher Konsequenz, aber dennoch mit durchaus beeindruckenden Ergebnissen, wie der umfangreiche Bericht des Alliierten Kontrollrates an den Rat der Außenminister anlässlich der Moskauer Konferenz auswies.

In allen Besatzungszonen wurde ein großer Personenkreis inhaftiert und/oder aus seinen Positionen in Verwaltungen, Wirtschaftsleitungen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen entfernt. Zunächst schritt auch in allen Besatzungszonen eine mehr oder weniger umfassende und konsequente Entnazifizierung voran. Der westalliierten Beschlagnahme der Großbanken, des Ruhrbergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, von Konzernen der chemischen und Elektroindustrie folgte die SMAD mit ihren nicht unproblematischen Sequestrierungspraktiken, machte aber zugleich mit dem von ihr zugelassenen Volksentscheid deutlich, dass das Ziel die Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern und die Schaffung eines volkseigenen Sektors sei. Dem entsprachen die Ankündigungen von Sozialisierungsabsichten seitens der britischen Regierung und zunächst war auch OMGUS bereit, eine Sozialisierung wenigstens hinzunehmen. Vorgeprescht war Stalin mit einer in vielen Modalitäten umstrittenen und sie belastenden, aber von den Westalliierten grundsätzlich akzeptierten Bodenreform unter Enteignung des Großgrundbesitzes. Bodenreformen sollten ja laut Beschluss der Moskauer Konferenz in den Westzonen bis Ende 1947 ebenfalls durchgeführt werden.

In der Hauptrichtung waren also in allen Besatzungszonen beträchtliche Erfolge bei der Realisierung des Deutschlandprojektes durch die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates und durch die westalliierten Militärregierungen und die SMAD zu verzeichnen. Unter Mitwirkung deutscher Verwaltungen, demokratischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen waren umfassende und tiefgreifende gesellschaftspolitische Transformationen<sup>9</sup> vollzogen oder zumindestens in Gang gesetzt worden.

Im Unterschied zum ersten Weltkrieg gab es am Ende des zweiten in Deutschland zwar keine revolutionäre Bewegung und nur einen Widerstand ohne Volk, aber die Kriegsschuld war eindeutig, die Niederlage total, die Kapitulation bedingungslos und mit Faschismus und Militarismus lag auch die Macht der herrschenden Klassen am Boden. Dadurch bestanden trotz Hunger und Not relativ günstige Bedingungen für die Entfaltung des neuen politischen Lebens, was im Rahmen der einzelnen Besatzungszonen mit einer erstaunlichen Dynamik geschah. Parteien und Gewerkschaften erreichten einen beachtlichen Mitgliederstand und es kam zu hohen Wahlbeteiligungen. Das bemerkenswerteste an der Partei- und Gewerkschaftsbewegung war, dass sie es nicht bei der Abrechnung mit Faschismus, Militarismus, dem deutschen Sonderweg und einer Orientierung auf Demokratie beließ, sondern dass weit über die Arbeiterbewegung hinaus eine mit prosozialistischen Forderungen und Perspektiven verbundene leidenschaftliche Ächtung bzw. historische Verurteilung des Kapitalismus, insbesondere des Großkapitals erfolgte. Die SPD erklärte den Sozialismus sogar zur Tagesaufgabe, nicht zuletzt deshalb, weil sie – eigentlich ganz richtig – davon ausging, dass es in diesem Nachkriegsdeutschland ohne Sozialismus keine Demokratie geben könne, der Sozialismus andererseits ohne Demokratie nicht möglich sei. Die SED betonte zwar den antifaschistisch-demokratischen Charakter der anstehenden Aufgaben, aber über deren prosozialistische Perspektive konnte kein Zweifel bestehen und mit dem Konzept des besonderen deutschen, parlamentarisch-demokratischen Weges zum Sozialismus schienen alte dogmatische KPD-Positionen überwunden. Erstaunlich war und hoffnungsvoll stimmte es, dass sich die neue christlich-demokratische Sammelpartei unter Absage an den Kapitalismus mehr oder weniger stark an einem christlichen Sozialismus orientierte, in der Ostzone mit dem Parteivorsitzenden Jakob Kaiser ganz eindeutig, aber auch in den Westzonen schien es so, als ob der christliche Sozialismus in der CDU obsiegen würde. Er hatte mit den Frankfurter Heften, die ich damals mit höchstem Interesse gelesen habe, und in ihrem Chefredakteur Walter Dirks wirkungsmächtige Verfechter. Und immerhin fand sich auch noch 1947 in der Präambel des Ahlener Programms eine Verurteilung des Kapitalismus und es wurde veröffentlicht unter der Überschrift "Sozialisierung im Sinne der CDU".

Im Vorfeld der Moskauer Konferenz verstärkten sich auch in den Westzonen die Forderungen nach Bestrafung und Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in öffentliches Eigentum. Die am 20. Juni 1946 gewählte Verfassungsberatende Landesversammlung Hessens, in der die SPD als stärkste Fraktion zusammen mit der KPD über eine Mehrheit verfügte, widerstand der Forderung von OMGUS, die in der erarbeiteten Verfassung im Artikel 41 festgeschriebene sogenannte Sofortsozialisierung in eine Kannbestimmung umzuwandeln. Daraufhin ordnete OMGUS an, dass über Artikel 41 gesondert abgestimmt werden müsse. Doch die gesonderte Abstimmung über Artikel 41 gestaltete sich mit 72 Prozent Zustimmung zu einem eindeutigen und direkten Mehrheitsvotum für eine

Sofortsozialisierung. Das hatte Signalwirkung. Die Bedeutung dieser Verfassung reduzierte sich außerdem keineswegs auf Artikel 41 oder den Bodenreformartikel 42, vielmehr war sie stark von gesellschafts- und ordnungspolitischen Festschreibungen geprägt, die unverkennbar "dritte Wege" in Richtung auf eine solidarische Gesellschaft anvisierten. Da ergaben sich viele Berührungspunkte zu den in Arbeit befindlichen Verfassungen der Länder der sowjetischen Besatzungszone. Zweifellos gebührt damit der hessischen Verfassung ein besonderer Rang unter den damals in den Ländern der amerikanischen und der französischen Zone ausgearbeiteten Verfassungen, aber nicht wenig von ihrem Gedankengut fand auch dort Eingang. In den Ländern der britischen Zone, wo zunächst keine Verfassungen ausgearbeitet wurden, wurden in den Landtagen Sozialisierungsinitiativen eingebracht, die Aussicht auf Erfolg zu haben schienen. Auf der IV. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften in Garmisch-Partenkirchen erfolgte in diesem Sinne noch Anfang Mai 1947 eine gemeinsame überzonale Standpunktbildung "Zur Neugestaltung der Wirtschaft".

All das erlaubt mit Blick auf alle vier Besatzungszonen zweifelsfrei die Schlussfolgerung, dass 1946/47 eindeutig deutsche Optionen dominierten für eine Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in wie auch immer gesellschaftliches oder Volkseigentum, für Bodenreformen bei Enteignung des Großgrundbesitzes sowie für so etwas wie eine geplante oder gelenkte Wirtschaft, die an den Bedürfnissen des Volkes ausgerichtet werden sollte. Damit wurde faktisch für das angestrebte einheitliche Deutschland ein gesellschaftspolitisches Profil präjudiziert, das nicht nur über Weimar, sondern sozusagen "über den Kapitalismus hinaus" wies. Die Übergangsgesellschaften, die sich in den einzelnen Besatzungszonen herausgebildet hatten, waren, bei allen Modifikationen, miteinander kompatibel und die Realisierungschancen für die Konstituierung eines Nachkriegsstaates daher sehr hoch. Viele, die damals in solche Richtung dachten, brachten dies mit "Dritten Wege"-Vorstellungen in Verbindung - gesellschaftspolitisch wie auch hinsichtlich der Stellung Deutschlands als Brücke zwischen Ost und West. So verlieh um die Jahreswende 1946/47 der sozialdemokratische Ministerpräsident Hessens, Karl Geiler, in zwei Radiosendungen unter dem Thema "Auf dem Wege zur Einheit und zum Frieden" seiner Überzeugung Ausdruck, dass es "die geschichtliche Mission des neuen Deutschlands" sei, "Mittler und Brücke zwischen Ost und West zu sein und eine Synthese zwischen den beiden weltanschaulichen Gegensätzen zu schaffen".<sup>10</sup> Diese Nachkriegsalternative zum alten Deutschland, dieses neue Deutschland, das sich mit einigen Grundlagen und Ansätzen, vor allem, aber nicht nur in der Ostzone herausgebildet hatte und dessen Konturen und Profil sich schon deutlich abzeichneten, schien vielen im Umfeld der Moskauer Konferenz greifbar nahe. Wenn das so war, dann handelt es sich bei der behaupteten normalen, kontinuierlichen und quasi selbstverständlichen Entwicklung vom Reich zur Bundesrepublik verbunden mit einer angeblich kommunistischen Sonderentwicklung der sowjetischen Besatzungszone eindeutig um Legenden, die die Geschichte der ersten beiden Nachkriegsjahre grob verfälschen. Um die Chance des Jahres 1947

deutscherseits zu nutzen, war eine überzonale Verständigung und Willensbildung zwischen den Parteien, die in allen Zonen durch Wahlen legitimiert waren, mit dem Ziel dringend geboten, eine deutsche Repräsentation zustande zu bringen. Die ostzonalen Parteien drängten mit verschiedenen Initiativen dahin, doch auf westzonaler Seite gab es mit unterschiedlichen Argumenten bemäntelte Zögerlichkeit. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der mit der SED nicht verhandeln wollte, argumentierte, eine Willensbildung setze voraus, dass die SPD in der sowjetischen Besatzungszone wieder zugelassen werde. Doch als Stalin das überraschend anbot, ging er nicht darauf ein. Adenauer berief sich auf Schumacher, hatte sich aber längst und ganz grundsätzlich für einen westzonalen Sonderweg unter Abschreibung der Ostzone entschieden. Er wollte einen Weststaat mit unbedingter Westbindung, wie auch immer. Darauf orientierte sich vor und natürlich noch mehr nach der Moskauer Konferenz schließlich auch, und zwar endgültig, das Gros der westdeutschen Entscheidungsträger, allerdings suchte man das mit allen Mitteln zu verschleiern, um nicht, wie es einer von ihnen formulierte, mit dem "Odium des nationalen Verrats" belastet zu werden. Man gab gesamtdeutsche Bekenntnisse ab, zimmerte aber umso emsiger an der Bizone mit Blick auf einen Westzonenstaat. So unterstützte Schumacher auf einer Tagung der Führungsgremien der westzonalen SPD, die am 31. Mai und 1. Juni 1947 in Frankfurt am Main stattfand, die Schaffung des bizonalen Wirtschaftsrates, bekannte sich natürlich gleichzeitig zur demokratischen nationalen Einheit, um aber dann folgendes zu erklären: "Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der Einheit Deutschlands möglich, als die ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muss, dass auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiss ein schwerer und vermutlich langer Weg ..."<sup>11</sup>

Damit war die sogenannte Magnettheorie geboren. Von ihr führte dann ein gerader Weg zur Herabstufung der Ostzone zur bloßen "Irredenta" durch Carlo Schmid in den Beratungen zum Grundgesetz und weiter zur Hallstein-Doktrin und zum Handschellengesetz. Die völlige Verständigungsfeindlichkeit offenbarte sich anlässlich der Münchener Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten im Juni 1947. Man hatte sie in der Erwartung einberufen, dass die SMAD den ostdeutschen Ministerpräsidenten eine Teilnahme verbieten würde. Als diese doch in München erschienen, ließ man sie voll auflaufen, so dass sie nach der Vorbesprechung bereits wieder protestierend, aber auch frustriert abreisten.

Während weite Teile des deutschen Volkes, wie auch Umfragen ergaben, große Erwartungen und Hoffnungen mit der Moskauer Konferenz verbanden und auch danach weiter auf eine Friedensregelung hofften, fürchteten andere eine solche Regelung, lehnten sie zu diesem Zeitpunkt und unter den gegebenen Umständen ab, da sie ihre Macht- und Klasseninteressen bedroht sahen. Sie hofften deshalb auf das Scheitern – und das, wie sich bald zeigte, nicht vergebens.

Der Hass auf Deutschland war groß, ebenso wie die Furcht vor einem Wiedererstehen der deutschen Gefahr. Daher mussten sich vor einer deutschen Friedensregelung ungleich größere Schwierigkeiten aufürmen als das hinsichtlich der anderen Länder der Fall war. Wenn guter Wille, feste Entschlossenheit und konstruktive Kompromissfähigkeit allseits vorhanden gewesen wären, hätten die Schwierigkeiten vielleicht bewältigt werden können. Aber westlicherseits fehlte dieser Wille und die Kompromissfähigkeit der Sowjetunion endete an einer Reihe starrer Grenzen. Hauptstreitfragen waren SAG-Betriebe und Reparationen aus der laufenden Produktion, föderaler oder Zentralstaat sowie die Frage, ob eine Friedensregelung mit oder für Deutschland abgeschlossen werden sollte. Stalin wollte einen Friedensvertrag mit einer deutschen Zentralregierung abschließen. Aber seine zentralstaatlichen Vorstellungen wurden von den Westalliierten und insbesondere auch von den Nachbarländern strikt abgelehnt und er ignorierte das Dilemma, dass keine gewählte deutsche Regierung 1947 oder 1948 mehrheitlich bereit gewesen wäre, die Oder/Neiße als deutsche Grenze zu akzeptieren. Und es war auch nicht klar, was eine Neutralisierung Deutschlands bedeuten sollte und wie sie praktiziert werden konnte. Auf keinen Fall sollte dieses Deutschland wieder eine Politik des Alleinganges oder des AuspieOlens des Ost-West-Gegensatzes betreiben, es musste daher eingebunden werden. Aber das hätte ein europäisches Kooperativsystem vorausgesetzt, was nicht entstanden war. Die Friedensregelung mit Deutschland konnte eigentlich nur gelingen, wenn, wie Franz Neumann richtig vorausgesagt hatte, "Europa neu gestaltet" und auf keinen Fall "in kriegführende feindliche Staaten gespalten"<sup>12</sup> ist oder wird. Doch genau letzteres geschah.

Zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion hatten sich im Verlauf des Jahres 1946 Interessengegensätze und Konflikte zugespitzt. Der von Truman favorisierte "harte Kurs" gegenüber der Sowjetunion, der zunächst in einer von Ambivalenz geprägten US-Politik nur partiell zum Zuge kommen konnte, hatte schließlich doch stetig an Boden gewonnen und setzte sich Anfang 1947 mit der Ablösung Byrnes durch Marshall und seinen Berater George Kennan nunmehr voll durch. Auf der anderen Seite hatte sich Stalin zwar an die mit Churchill unter der Hand vereinbare Aufteilung der Interessensphären in Europa in vielem gehalten und zum Beispiel bremsend auf die kommunistischen Parteien in Westeuropa eingewirkt und auch in der deutschen Frage weitgehend einen Kooperationskurs verfolgt, zugleich aber den sowjetischen Einflussbereich nicht nur abgeschirmt, sondern hegemonial durchdrungen und in zunehmendem Maße gesellschaftspolitisch gleichgeschaltet, so dass sich die Konturen eines aus westlicher Sicht kommunistischen Ostblocks abzuzeichnen begannen. In den herrschenden Kreisen der USA und auch Englands hatte im Verlauf des Jahres 1946 eine Kräfteverschiebung bzw. ein Umdenken dahingehend stattgefunden, dass die bisherige Kooperation mit der Sowjetunion auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam zu unerwünschten und nachteiligen Ergebnissen geführt habe und wie man annahm, auch weiterhin führen würde.

Anstelle des niedergeworfenen Deutschland erschien nun die Sowjetunion als Hauptgefahr, der man über ihre "5. Kolonnen" in den westlichen Ländern expansive und aggressive Absichten unterstellte. Mit Blick auf die starken kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien beschwor man in Washington und London die Gefahr herauf, dass ein verelendetes Westeuropa dem Kommunismus anheim fallen könnte, und auch hinsichtlich Deutschland kamen Washington und London, wie die Akten ausweisen, unabhängig voneinander zu dem Schluss, dass hier eine ähnliche Gefahr drohe. In einem britischen Papier wurde gar "Kommunismus am Rhein" als Gefahr heraufbeschworen.

Was blieb war die Westlösung und um diese gegen alle Widerstände und ohne Ansehenseinbußen durchzusetzen, bedurfte es des kalten Krieges. Er hatte verheerende Auswirkungen, bewirkte nicht einfach die Teilung Europas und Deutschlands, sondern führte zu Hochrüstung und der Gefahr eines atomaren Weltkrieges, zu schwerwiegenden Rückschlägen und Deformierungen. Der Marshallplan begünstigte und überdeckte quasi den Kurswechsel in der westalliierten Politik, insbesondere in der Deutschlandpolitik. Dieser führte auch, verbunden mit personellen Veränderungen, zu drastischen Korrekturen der Besatzungspolitik. In einem geheim gehaltenen Spitzengespräche, das am 29. Juli 1948 in Frankfurt am Main stattfand, machte das US-Militärgouverneur Clay DGB-Funktionären unumwunden deutlich, indem er laut Protokoll ausführte, "daß nach seiner Auffassung die Mitbestimmung nur ein Aspekt der Sozialisierung sei, und da sie seinen Standpunkt zur Sozialisierung hinreichend kennen würden, könne nichts Vernünftiges bei einer erneuten Diskussion herauskommen. Er hob hervor, dass er der Repräsentant einer Regierung sei, die fest an den Kapitalismus und das System freien Unternehmertums glaube, und solange er für Entscheidungen in Deutschland verantwortlich sei, wäre es nur selbstverständlich, von ihm zu erwarten, dass er diese in Übereinstimmung mit den Überzeugungen und Praktiken des Landes treffe, das er repräsentiere."<sup>13</sup>

Sozialisierungsgesetze wurden verboten, Bodenreformen fanden nicht statt. An die Stelle der Entnazifizierung trat eine weitgehende personelle Renazifizierung, denn im Kampf gegen den Kommunismus konnte man sich auf den Antibolschewismus der "Ehemaligen" fest verlassen. Wenn die westdeutsche Wirtschaft mithelfen sollte, Westeuropa vor Verelendung und Kommunismus zu retten, dann waren die deutschen Wirtschaftsmanager einschließlich ihrer Großbanken und Konzerne unverzichtbar und wenn Westeuropa vor der Sowjetarmee geschützt werden sollte, die Hitlergenerale. So entstand der westdeutsche Staat zwar als demokratischer, wenngleich im Stile einer autoritären Kanzlerdemokratie ausgestalteter, aber keinesfalls als antifaschistischer, sondern als unsäglich vergangenheitspolitisch belasteter, allerdings schon bald kapitalistisch-wirtschaftlich prosperierender. Die abgeschriebene Ostzone, deren Lebensfähigkeit bezweifelt werden musste und die außerdem noch die ganze Last der sowjetischen Reparationen zu tragen hatte, setzte zwar den eingeschlagenen Weg in der Grundrichtung fort und behielt ihren antifaschistischen Charakter, wurde aber in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt, musste ihren besonderen deutschen Weg



und damit auch emanzipatorisch-demokratische Perspektiven preisgeben und sich in Sowjetsystem und Sowjetblock einfügen. Andererseits und in einem gewissen Widerspruch dazu blieben Einheit und Friedensvertrag auf der Tagesordnung. Doch der Versuch mit der Volkskongressbewegung sozusagen die Einheit von unten zu erzwingen, griff in den Westzonen nicht. Andererseits konstituierte sich die DDR auf der Grundlage einer vom Volksrat ausgearbeiteten gesamtdeutschen Verfassung.

Stalin hielt an seiner gesamtdeutschen Option weiterhin fest, aber sein Versuch, die westdeutsche Staatsgründung durch die Berlin-Blockade zu verhindern, war völlig untauglich und bewirkte genau das Gegenteil. Der kalte Krieg beförderte stalinistische Überreaktionen und Verhärtungen.

Die Chance von 1952 war angesichts der Tatsache, dass der kalte Krieg sich auf seinem Höhepunkt befand und in Asien sogar ein Stellvertreterkrieg ausgefochten wurde, die gesellschaftspolitische Polarisierung auf deutschem Boden fortgeschritten war, so dass BRD und DDR kaum als kompatibel bewertet werden konnten, sehr viel geringer.

Analysiert man die Note, die die Sowjetunion am 10. März 1952 als Verhandlungsangebot unterbreitete, und den darin enthaltenen Vorschlag für einen Friedensvertrag, dann gab es eigentlich keinen Grund, Verhandlungen abzulehnen – es sei denn, man wollte gar nicht, aus welchen Gründen immer, über Friedensvertrag und Wiedervereinigung verhandeln. Die Note machte Furore und brachte die Westmächte in Schwierigkeiten. In Washington und London gab es nicht wenige, die Verhandlungen als unerlässlich erachteten, aber es setzten sich letzten Endes diejenigen durch, die Einwände erhoben, insbesondere freie Wahlen als ersten Schritt ins Spiel brachten, Verhandlungen als sinnlos bezeichneten und ablehnten, weil sie an der Westeinbindung der Bundesrepublik um jeden Preis festhalten wollten. Damit setzte sich die von Bundeskanzler Adenauer von Anfang an verfolgte Ablehnungstaktik durch. Er wollte unbedingt die Einbindung der Bundesrepublik auch in ein westliches Militärbündnis. Das aber war mit den damaligen Wiedervereinigungsmöglichkeiten unvereinbar und machte Verhandlungen mit der Sowjetunion tatsächlich sinnlos. Daran änderte sich natürlich auch nichts, als die Sowjetunion in ihrer nachfolgenden Note vom 9. April 1952 sogar anbot, "unverzüglich die Frage der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen" zu erörtern. Da man die wahren Gründe der Ablehnung von Verhandlungen nicht offenbaren wollte, wurden die sowjetischen Initiativen in Kampagnen als nicht ernst gemeint und bloße Propaganda verdächtigt. Adenauers Widersacher sahen das anders und warfen ihm vor, eine Chance für die Wiedervereinigung torpediert zu haben.

Diese Auseinandersetzung setzte sich dann als Historikerstreit, der seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts neu entbrannte, bis heute fort. Es zeigte sich dabei seit den neunziger Jahren, dass auch die neu erschlossenen sowjetischen Quellen je nach Standort unterschiedlich interpretiert werden können, da sie *expressis verbis* keine letzten Gewissheiten vermitteln – nicht zuletzt auch deshalb, weil die sowjetische Nachkriegs- und Deutschlandpolitik nicht konzeptionell stringent und eindeutig, sondern stark taktisch

beeinflusst, mehroptional und widersprüchlich war. Das musste aber nicht bedeuten, dass die auf Lösung der deutschen Frage durch Einheit und Friedensvertrag zielende Option nicht ernsthaft verfolgt worden wäre. Und man muss auch in Betracht ziehen, dass sich Westmächte und vor allem auch Adenauer über das Gelingen ihrer Pläne keineswegs so sicher waren – angesichts der Widerstände in weiten Bevölkerungskreisen Westeuropas und des Widerstandes gegen die Remilitarisierung sowie einer Zulauf erhaltenden Neutralisierungsbewegung in der Bundesrepublik. Für die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Vorschlags spricht nicht nur die Entstehungsgeschichte der Note selbst – mit dem ständigen Bemühen, die Entwürfe immer mehr "auszudünnen" und so annehmbarer zu machen –, sondern sprechen vor allem auch die sich im Vor- und Umfeld unter dem Motto "Deutsche an einen Tisch" entwickelnden politischen Aktivitäten und Aktionen, die von hohem, ernsthaftem und verantwortungsbewusstem Engagement von vielen geprägt waren und nicht nur propagandistischem Eifer entsprangen. Auch der Besuch einer Volkskammerdelegation in Bonn und vieles andere wäre hier aufzulisten. Allerdings lagen dem allen doch wohl mehr unklare als klare Wege-Zielvorstellungen zugrunde.

Die Erbitterung, mit der der Historikerstreit geführt wurde, weist darauf hin, dass es hier zugleich um Grundfragen der Nachkriegsgeschichte ging, vor allem darum, ob es möglicherweise reale historische Alternativen zur weiteren verheerenden Eskalation des kalten Krieges mit den darin eingeschlossenen Gefahren eines Atomkrieges sowie zu den damit verbundenen, sich polarisierenden Ost-West-Entwicklungen auf deutschem Boden gegeben hat. Mehrheitlich gewünscht wäre das allenfalls gewesen, insbesondere auch deshalb, weil sich eine Wiedervereinigung im Jahre 1952 deutlich von dem Muster abgehoben hätte, nach dem sie sich dann 1990 vollzogen hat – so, wenn man bedenkt, dass damals in der Bundesrepublik Gewerkschaften und SPD mit ihrer Forderung nach Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien in Gemeineigentum Optionen für ein anderes Gesellschaftsmodell verbanden, in dem auch die volkseigenen Betriebe der DDR ihren Platz hätten finden können.

Der Historikerstreit über die Bewertung der Stalin hält bis heute an und ist keineswegs mit der jüngsten Publikation von Peter Ruggenthaler "Stalin großer Bluff"<sup>14</sup> entschieden worden, wie er, unterstützt vom Münchner Institut für Zeitgeschichte, behauptet und beansprucht. Es gibt bisher kein sowjetisches Dokument, in dem expressis verbis der bloße Propagandacharakter dieser Note belegt wird. Und da der Westen nicht verhandelt hat, kann man nichts Definitives über Stalins Kompromissbereitschaft und über die Realisierbarkeit von historischen Alternativen aussagen. Allerdings spricht vieles dafür, dass Stalins Kompromissbereitschaft keinesfalls so weit gegangen wäre, auch die Forderung nach Neutralisierung des vereinigten Deutschlands preiszugeben und seine mögliche Westbindung zuzugestehen. Westlicherseits glaubte man andererseits, auf die Integration Deutschlands nicht verzichten zu können, da nur so auch Sicherheit vor Deutschland und dessen Kontrolle möglich seien. Außerdem beargwöhnte man zu starken sowjetischen Einfluss auf ein

neutralisiertes, bündnisloses Deutschland. Stalin dachte möglicherweise auch in diese Richtung, wenn er in seiner Note nun plötzlich, nachdem das neutralisierte Deutschland vorher immer gleichzeitig entmilitarisiert sein sollte, eine nationale Armee anbot. Doch, das wäre sicher eine Fehlspekulation gewesen. Und außerdem, diese Bundesrepublik war zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht friedensvertragsfähig, hatte sie doch die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen zumindest von 1937 als Staatsgebot verkündet und die Oder/Neiße-Grenze strikt abgelehnt. Befürwortung dieser Grenze galt als Landesverrat und wurde verfolgt.

Zum Schluss noch die endgültige Zerstörung einer Legende. Adenauer, so kann man auch nach 1990 stärker als je zuvor immer wieder hören, hat nicht gespalten, sondern wollte immer die Einheit, die aber die Sowjets verweigert haben, also Adenauer der größte Deutsche, wofür in der Umfrage offensichtlich auch nicht wenige ehemalige DDR-Bürger gestimmt haben. Sie glauben offensichtlich auch in dieser Frage nicht mehr dem, was ihnen einst offeriert wurde. Doch da irren sie sich, denn das hat sich keineswegs als falsch erledigt, wie neben anderem ein beweiskräftiges Dokument aus britischen Archiven verdeutlicht. Es handelt sich um eine geheime Aufzeichnung, überschrieben "Deutsche Einheit"<sup>15</sup>, die der britische Unterstaatssekretär, Sir Ivone Kirkpatrick, nach einem Gespräch mit dem bundesdeutschen Botschafter am 16. Dezember 1955 und dessen Übermittlung einer vertraulichen Botschaft Adenauers angefertigt hat. In der Aktennotiz wird zunächst festgehalten, dass Kirkpatrick nach seiner Rückkehr von der Genfer Konferenz dem Botschafter mitgeteilt hatte, dass er zur Auffassung gelangt sei, dass man doch flexibler reagieren müsse, dass (Zitat) "wir uns bereit erklären würden, mit den Russen jeden vernünftigen Sicherheitspakt abzuschließen, vorausgesetzt, Deutschland werde auf der Grundlage freier Wahlen wiedervereinigt und eine deutsche Regierung habe innen- und außenpolitische Handlungsfreiheit. Der Botschafter sagte mir ... Dr. Adenauer lässt mir mitteilen, dass er diesen Plan ablehnt. Der Grund dafür sei schlicht der, dass er kein Vertrauen zum deutschen Volk habe. Ihn treibe die Furcht um, dass sich, wenn er nicht mehr da sei, eine deutsche Regierung auf ein Geschäft mit den Russen auf Kosten der Deutschen einlassen könnte. Er habe für sich daraus den Schluss gezogen, dass die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger sei als die deutsche Wiedervereinigung." Der Botschafter wies nochmals auf die strikte Vertraulichkeit dieser Mitteilung hin, denn es wäre für Adenauer (Zitat) "politisch geradezu verhängnisvoll ..., falls seine Vorstellungen ... jemals in Deutschland bekannt würden".

Anmerkungen:

1 Siehe ausführlicher dazu in meinen Publikationen Vom 'Reich' zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, und Clash. Entscheidungsjahr 1947, Berlin 2007.

2 Hans-Peter Schwarz: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949, 2. Aufl., Stuttgart 1980, S. 95.

- 3 Siehe Franz Neumann: Behemoth. The structure and practice of National Socialism 1933 – 1944, Toronto/New York/London 1942; dt.: Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 1944, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Gert Schäfer, 5. Aufl., Frankfurt am Main 2004.
- 4 Die aber offensichtlich von der auf die Dimitroff-Formel fixierten kommunistischen Weltbewegung nicht rezipiert wurde.
- 5 Zit. nach der deutschen Ausgabe, a.a.O., S. 549/550. In dem von USA-Seite eingebrachten und von der Sowjetunion akzeptierten Entwurf des deutschlandpolitischen Teils des Potsdamer Abkommens ist eine solche klare antimonopolistische Zielstellung allerdings bereits infolge der Einflussnahme seitens des State Departments durch eine Formulierung "verwässert" worden, die die Schlussfolgerung zuließ, dass auch eine "Entflechtung" von Monopolvereinigungen ausreichend sei.
- 6 BA Z 45 F OMGUS POLAD 32/10 (Hervorhebung – R. B.).
- 7 Resümee des britischen Außenministeriums über die bisherige Deutschlandplanung vom 29. November 1944. Zit. nach: Hans-Adolf Jacobsen: Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939 – 1945, Koblenz/Bonn 1977, S. 349.
- 8 Söllner (Hg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, Bd. 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946 – 1949, Frankfurt a.M. 1986, S. 37 (Hervorhebung – R. B.).
- 9 Siehe auch Uta Gerhardt: Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption der amerikanischen Besatzungszonen 1944 – 1945/1946 (2005). Dieser soziologische Forschungsansatz, der geeignet ist, die Übergangsprozesse nach 1945 besser zu erfassen, wird bisher in der Zeitgeschichtsschreibung weitgehend ignoriert.
- 10 Zit. nach Manfred Overesch: Das besetzte Deutschland 1945 – 1947, Augsburg 1992, S. 271.
- 11 Rede vom 31.5.1947. In: Acht Jahre Sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1953, S. 26.
- 12 Behemoth, S. 549.
- 13 BA Z 45 F ODI 7/50-2/12 (Übers. R. B.).
- 14 Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung. Herausgegeben und eingeleitet von Peter Ruggenthaler, München 2007, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 95.
- 15 Abgedruckt bei und zit. nach: Rolf Steininger: Deutsche Geschichte, Bd. 2, Frankf. am Main 2002, S. 332 f.

Prof. Dr. Günter Benser

### **KPD und SED in den Auseinandersetzungen um Einheit oder Teilung Deutschlands**

An die Spitze dieses Beitrages seien zwei Tagebuchnotizen gestellt, die erkennen lassen, wie es um die politische Atmosphäre auf dem ersten Gipfelpunkt des kalten Krieges bestellt war.

*Mittwoch, der 7. April 1948. Ich komme gerade noch zur Zeit daheim an, um die Nachrichten des BBC hören zu können, die die Rede des britischen Generals Robertson erwähnen, der der Ansicht ist, dass es keinen Krieg geben wird und dass es sich nur um einen Nervenkrieg handelt. Doch dieser Nervenkrieg kann nur so lange dauern, bis einer die Nerven verliert.*

*Sonnabend, der 5. Juni 1948. Durch die in der Zeitung angekündigte Währungsreform werden alle Leute in Unruhe versetzt. Es hat nun doch den Anschein, als ob es bald mal losginge ... Schlimm ist es dadurch für die deutsche Einheit bestellt. Wie schwer wird es sein, diese zwei, dann schon als selbständige Staaten zu betrachtenden und doch gewaltsam getrennten Teile wieder zusammenzuschmieden. Schwere Wolken stehen am deutschen Himmel. Wird ein Sturm sie auseinander treiben, oder wird ein Unwetter losschlagen, das uns um Jahrzehnte, ja Jahrhunderte zurückwerfen wird?*

Der Tagebuchschreiber war damals 17 Jahre alt und hieß Günter Benser. Wenn ich mich hier selbst zitiere, so um zu demonstrieren, dass ein zwar politisch interessierter, aber kaum politisch gebildeter Jugendlicher durchaus erkennen konnte, welche ernste Krisensituation eingetreten war und dass die anstehenden Entscheidungen weitreichende Folgen haben würden – für das eigene Leben und für das deutsche Volk insgesamt. Da werden doch verantwortliche Politiker erst recht gewusst haben, was sie da tun.

Von den Hintergründen der Geschehnisse ist vieles erst später bekannt geworden, doch auch an der Oberfläche war vieles erkennbar. 1947 wurden die Weichen gestellt, 1948 wurden die Folgen offenkundig, die sich als nur noch schwer korrigierbar erweisen sollten.<sup>1</sup>

In den sich verschärfenden Auseinandersetzungen um die deutsche Frage, um Einheit oder Spaltung, war die SED Objekt und auch Subjekt, keineswegs jedoch Vorreiter. Bei der Erörterung dieser Problematik sollte nicht übersehen werden, dass an die Adresse der deutschen Kommunisten durchaus gewichtige kritische Einwände zu richten sind: Das betrifft vor allem ihr Demokratieverständnis und die Art und Weise, wie sie ihren Führungsanspruch durchzusetzen suchten, wie auch den Mangel an innerparteilicher Demokratie, ihre Anbindung an die Politik der KPdSU (B) und der UdSSR und die Verstrickung führender Funktionäre in die Stalinschen Säuberungen wie auch das Verschweigen dieser Verstrickungen, Defizite bei der kritischen Verarbeitung verhängnisvoller politischer Entscheidungen in den Jahren der Weimarer Republik. Aber daraus folgt nicht automatisch, dass diese Partei und später die vorwiegend durch Kommunisten geprägte SED in den Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit in der deutschen Frage einen falschen Kurs gesteuert und primär die deutsche Teilung zu verantworten hätte.

Wenn wir uns das verdeutlichen wollen, dann muss sich der Blick zurückrichten bis zur Stellung der deutschen Parteien zum Potsdamer Abkommen. Nur die KPD hat diesen alliierten Vereinbarungen vorbehaltlos zugestimmt, anfangs mit gewissen Hoffnungen auf einige Korrekturen der Ostgrenze. Die Kundgebung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 12. August 1945, auf der die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz begrüßt wurden<sup>2</sup>, hätte es ohne die Initiative der KPD nicht gegeben. Die KPD war jene Partei, die sich am eindeutigsten als gesamtdeutsche Organisation verstand, die alle Möglichkeiten nutzte, sich über Besatzungsgrenzen hinweg zu organisieren, mit einer unangefochtenen Führungszentrale in Berlin. Sie lehnte es ab, die Zoneneinteilung zur Grundlage ihrer Organisationsstrukturen

zu machen, sie hielt an traditionellen Parteibezirken fest. Wo diese mit den Zonengrenzen kollidierten, wurde erst allmählich eine Anpassung vorgenommen, um neuen administrativen Einteilungen Rechnung zu tragen. Reichsberatung - Reichskonferenz - Reichsparteitag gehörten zu ihrem selbstverständlichen Vokabular. Walter Ulbricht unterstrich dies auf einer Beratung am 5. Januar 1946 mit den Worten: "Wir wollen nicht die Zonen demonstrieren. Wir haben auch keinen Zonenparteitag für die Sowjetzone gemacht und machen es nicht. Wir sind eine einheitliche Partei auf der Grundlage von Bezirken, und wir werden keine Parteikonferenz für die Sowjetzone machen."<sup>3</sup>

Ganz anders war die Situation der deutschen Sozialdemokratie, die mit der Konferenz von Wennigsen Anfang Oktober 1945 die erste offiziell zonengeteilte Partei mit zwei Führungszentren, dem Zentralausschuss in Berlin und dem Büro der Westzonen in Hannover, wurde. Als Anfang Juni 1945 die Führung der KPD in Moskau mit Stalin das bevorstehende Auftreten der deutschen Kommunisten beriet, hatte Wilhelm Pieck unter anderem notiert: "Es wird 2 Deutschland geben." Daraus haben voreingenommene Historiker wie Manfred Wilke abgeleitet, Stalin habe von Anfang an einen Auftrag zur Separierung der Ostzone erteilt. Das ist absurd und steht in gravierendem Widerspruch zu eben dieser historischen Quelle. Denn diese Aussage war eine bloße Situationsbeschreibung angesichts der Besatzungsverhältnisse. Insofern es einen Auftrag gegeben hat, so lautete dieser: Gegenstrategie entwickeln. "Einheit Deutschlands sichern durch einh[eitliche] KPD - einh[eitliches] ZK - einh[eitliche] Partei der Werktätigen."<sup>4</sup>

Bei einigem Nachdenken erscheint diese Position der KPD als logisch und nachvollziehbar. Sie ergab sich:

- Aus sowjetischen Sicherheitsinteressen und der Deutschlandpolitik der UdSSR.
- Aus dem eigenen Verständnis von nationaler Verantwortung. Hinsichtlich der Rolle des Nationalen hatte die KPD am meisten dazu gelernt.
- Aus Traditionsverständnis und der eigenen Parteigeschichte heraus, schließlich sah sich die KPD nicht unbegründet als entschiedenste Kämpferin gegen den deutschen Imperialismus und für die Erneuerung Deutschlands.
- Aus der Beurteilung der ökonomischen Bedingungen, denn zunächst hielt niemand eine auf sich gestellte sowjetische Besatzungszone wirtschaftlich für lebensfähig. Im Gegenteil, in der fehlenden Wirtschaftseinheit wurde neben den Kriegsfolgen die Hauptursache für die Nöte der Nachkriegszeit gesehen.
- Auch lebensgeschichtliche Gründe sprechen für ein derartiges Positionieren der deutschen Kommunisten. Ihre Führung bestand ja nicht aus Ossi, sondern aus Politikern, die in den verschiedensten deutschen Regionen beheimatet waren und dort ihre politische Sozialisation erfahren hatten. Es musste viel passieren, damit sich solche Leute ein Abnabeln vom größeren Teil Deutschlands überhaupt vorstellen konnten. Es sei daran erinnert, dass erst ein Jahrzehnt später ein auf die DDR bezogener Vaterlandsbegriff propagiert wurde.

Ein neues Verständnis der nationalen Frage gehörte zu den wichtigsten Schlussfolgerungen, die von der KPD aus der Niederlage des Jahres 1933 gezogen wurden. Unmissverständlich brachte dies Anton Ackermann auf dem 15. Parteitag der KPD im April 1946 zum Ausdruck. Er erklärte, die KPD habe die Rolle des Nationalen unterschätzt und die "demonstrativen Methoden des RFB"<sup>5</sup> überschätzt. Die Partei des Sozialismus müsse "auf neue Art an die nationale Frage herangehen und klar erkennen, dass in Wirklichkeit *sie* die wahrhaft patriotische Partei ist"<sup>6</sup>. Entsprechend forderte er ein neues Verhältnis zu den fortschrittlichen Traditionen deutscher Geschichte. Folgerichtig sah er die Partei der Arbeiterklasse als entschiedenste Verfechterin der nationalen Einheit Deutschlands, als Kämpferin gegen Separatismus und Föderalismus. Zu solchen Einsichten hatten auch die schlimmen Erfahrungen mit der nationalen/nationalistischen Demagogie der Nazis beigetragen, die auch beträchtliche Teile der Arbeiterklasse erreicht hatte, was führende Vertreter der KPD in Gesprächen mit deutschen Kriegsgefangenen und durch Auswertung deutscher Feldpostbriefe erkennen mussten.

Dass ein neues Herangehen an die nationale Frage keine taktische Spielerei war, dafür sprachen auch folgende unumstößlichen internationalen Tatsachen:

- Die UdSSR und die KPdSU (B) hatten von Weltrevolution auf Sozialismus in einem Lande und im Kriege auf das Vaterländische umgeschaltet.
- Die Komintern war aufgelöst. Wenngleich die KPdSU (B) nicht auf ihre Führungsrolle verzichtete, waren die Parteien dennoch in eine höhere Eigenverantwortung entlassen worden.
- Nationale und Vaterländische Fronten waren als wirksames Sammelbecken im Kampf gegen die deutschen Aggressoren erkannt und verwirklicht worden.
- Eigene Wege zum Sozialismus wurden propagiert, waren eine generelle Strategie kommunistischer Parteien, verbunden mit dem erklärten Verzicht auf ein Kopieren des Sowjetsystems.

Auch die Strategie eines besonderen deutschen Weges war kein bloßes theoretisches Kalkül Anton Ackermanns, sondern Kurs der KPD, bekräftigt auf ihrer Parteikonferenz vom März 1946. Die Unterstellung, es habe sich bei Ackermanns Aufsatz<sup>7</sup> nur um ein auf die Sozialdemokraten zielendes taktisches Manöver, um eine Art Bauernfängerei gehandelt, geht an den Tatsachen völlig vorbei, denn es handelte sich um Schlussfolgerungen, die von der internationalen kommunistischen Bewegung gezogen worden waren und die ausdrückliche Billigung der sowjetischen Führung gefunden hatten.

Schon im kommunistischen Entschließungsentwurf für die Dezemberkonferenz von KPD und SPD, mit der die Vereinigung beider Parteien eingeleitet wurde, war formuliert: "Die Einheitspartei soll eine selbständige und unabhängige Kraft sein. Es ist ihre Aufgabe, ihre Politik und Taktik entsprechend den Interessen der deutschen Werktätigen und den speziellen Bedingungen in Deutschland zu entwickeln. Sowohl bei der Verwirklichung des Programm-Minimums wie des Programm-Maximums soll sie, von den Besonderheiten der

Entwicklung unseres Volkes ausgehend, einen besonderen Weg einschlagen. Die restlose Zerschlagung des alten staatlichen Machtapparates und die konsequente Weitertreibung der demokratischen Erneuerung Deutschlands kann auch besondere Wege und neue Formen des Übergangs zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und zum Sozialismus schaffen."<sup>8</sup> Eigentlich war hiermit bereits alles Wesentliche gesagt. Was Ackermann später nachlieferte, war vor allem eine ausführliche Argumentation und der Nachweis, dass sich die KPD mit dieser Orientierung in Einklang mit den Klassikern des Marxismus-Leninismus befand.

Diese Strategie hatte zur Voraussetzung, dass der alliierte Konsens in Bezug auf Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Entmonopolisierung und Demokratisierung Deutschlands funktionierte, dass seitens der Alliierten der Restauration der alten deutschen Herrschaftsverhältnisse ein Riegel vorgeschoben und den alten Eliten der erneute Zugang zur Macht versperrt wurde. So standen die KPD und später die SED grundsätzlich positiv zu den alliierten Vereinbarungen, selbst auf die Gefahr hin, in den Geruch eines Erfüllungsgehilfen der Besatzungsmächte im allgemeinen und der sowjetischen Besatzungsmacht im besonderen zu geraten. Bis 1947 waren Kommunisten auch in den westlichen Besatzungszonen in den Länderkabinetten als Minister oder Staatssekretäre vertreten.

Anders hatten sich Vertreter der KPD (O) positioniert. Sie sahen in Parteien und Gewerkschaften, die der Duldung durch Besatzungsmächte bedurften, "keine selbständigen Organisationen für die Vertretung der eigenen Interessen und Zwecke der deutschen Bevölkerung". Unter Besatzungsbedingungen sei bestenfalls eine "Scheindemokratie" möglich.<sup>9</sup> August Thalheimer, der so urteilte, hatte im Kern sicher recht. Er negierte nur, dass sich solch hehre Prinzipien leichter im fernen Mexiko postulieren als im besetzten Deutschland umsetzen ließen.

Auch in der KPD selbst war die weitgehende Bereitschaft zur Zusammenarbeit anfänglich mit allen Besatzungsmächten nicht unumstritten. Es gibt eine interessante Passage in der stenografischen Niederschrift des 15. Parteitages, die allerdings im gedruckten Protokoll nicht erscheint. In der Diskussion sprach der Vertreter der Hamburger Bezirksparteiorganisation Franz Heitgres und erklärte: "Damit will ich betonen, dass, wenn ich von der Militärregierung Befehle und Orders bekomme, ich sie nur durchführen kann, wenn ich sie gegenüber der Gesamtheit des Volkes verantworten kann." Daraufhin erfolgten sofort Einwürfe von Ulbricht und Pieck. Pieck fragte: "Was soll diese Philosophie? Mach keine Redereien! Was machst Du, wenn ein Befehl von der Militärregierung gegeben wird, von dem Du meinst, er ist zum Schaden des Volkes ...?"<sup>10</sup> Obwohl Heitgres die britische Besatzungsmacht im Blick hatte, sah sich die KPD-Spitze offenbar durch ein derartiges Bekenntnis herausgefordert.

Die 1946 gegründete SED sollte auch nach eindeutigen Äußerungen führender Kommunisten weder die alte KPD noch die alte SPD sein.<sup>11</sup> Das war sie auch nicht, obwohl ihr Profil zunehmend von Kommunisten geprägt wurde. Gleichwohl war sie Zeit ihrer Existenz sowohl Kaderpartei als auch in breiten Volksschichten



verankerte Massenpartei. Der nach guter sozialdemokratischer Tradition verfasste schriftliche Bericht an den im September 1947 tagenden II. Parteitag der SED weist aus, dass im ersten Jahr nach dem Zusammenschluss von KPD und SPD der Einheitspartei im Schnitt täglich 1200 Menschen beigetreten sind. Ihr gehörte in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone jeder 4. Industriearbeiter, jeder 3. Angestellte, jeder 16. Land- und Forstarbeiter, jeder 10. Bauer, jeder 7. Handwerker und Gewerbetreibende, jeder 7. Ingenieur oder Techniker und jeder 3. Lehrer an.<sup>12</sup> 1947 waren von den Einwohnern über 14 Jahre in der SED organisiert: in Sachsen 13,1 Prozent, in Sachsen-Anhalt 13,1 Prozent, in Thüringen 11,8 Prozent, in Brandenburg 11 Prozent, in Mecklenburg 13,4 Prozent, in Berlin 4,7 Prozent.

Von dieser Partei wurde in den Landtagen 1947 eine beachtliche gesetzgeberische Arbeit geleistet, gestützt auf die Wahlen vom Oktober 1946. Dieses Wahlergebnis wird meist als äußerst enttäuschend für die SED beschrieben. Und tatsächlich hatte die SED deutlich mehr erwartet. Doch – abgesehen von Berlin – verfehlte die SED überall die absolute Mehrheit nur knapp, und absolute Mehrheiten sollten sich in der deutschen Nachkriegsgeschichte als Ausnahmen erweisen.

Im Entscheidungsjahr 1947 war die SED voll auf eine Lösung der deutschen Frage durch einen auf den Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz beruhenden Friedensvertrag eingestellt. Im Unterschied zu anderen politischen Kräften setzte sie nicht auf Zwiespalt unter den Alliierten. Dafür einige Belege und Indizien:

- In den grundsätzlichen Erklärungen und Beschlüssen der SED waren die Forderungen nach Einheit und Abschluss eines Friedensvertrages gewissermaßen *conditio sine qua non*.
- Bei ihrer Bewertung der Außenministerkonferenzen oder anderer alliierter Aktivitäten hob die Partei stets vor allem deren einvernehmliche, zu Optimismus Anlass gebende Aspekte hervor.
- Von der SED gingen wichtige Initiativen in der Verfassungsfrage aus, zunächst mit der Verkündung von Grundrechten des deutschen Volkes<sup>13</sup>, dann mit einem Verfassungsentwurf für die künftige deutsche Republik<sup>14</sup> und mit dem Vorschlag für einen Volksentscheid über die deutsche Einheit<sup>15</sup>. Die Abgeordneten der SED sorgten dafür, dass sich alle Länder der Ostzone in ihren Verfassungen mit Artikel 1 als "Glieder der deutschen demokratischen Republik"<sup>16</sup> definierten. Ähnlich verhielt sich im Westen nur das Land Hessen.<sup>17</sup>
- Eine entsprechende Haltung demonstrierten die ostdeutschen Ministerpräsidenten – auch die der SED zugehörigen – auf der Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten deutscher Länder. Nur die diskriminierende, vor allem von Kurt Schumacher erwirkte, westliche Verweigerungshaltung veranlasste sie, unverrichteter Dinge aus München abzureisen.
- Es ließen sich auch Anstrengungen um gesamtdeutschen wirtschaftlichen Austausch ins Feld führen, wie sie besonders auf den Leipziger Messen und in Bemühungen um den Ausbau des Interzonenhandels zum Ausdruck kamen.

- Zurückhaltung übte die SED bezüglich ihres Parteiprogramms. Eigentlich hätte der im September 1947 tagende II. Parteitag die vom Vereinigungsparteitag beschlossenen Grundsätze und Ziele durch ein Parteiprogramm ersetzen müssen. Wegen der ungeklärten Situation wurde die Verwirklichung dieser Festlegung vertagt. Bis 1963 behalf sich die SED aus unterschiedlichen Gründen mit programmatischen Beschlüssen. Ein Parteiprogramm wurde erst vom VI. Parteitag 1963 angenommen, nun aber für ein wesentlich anders geartetes Entwicklungsstadium.
- Auch in der Organisationsfrage hielt die SED lange an gesamtdeutschen Prinzipien und Strukturen fest. Ihr Parteivorstand vereinigte Funktionäre aus allen Besatzungszonen.<sup>18</sup> Der Versuch, die SED gesamtdeutsch zu etablieren, wenigstens unter Einbeziehung des linken Flügels der Sozialdemokratie, schlug fehl. Um dennoch zonenübergreifend agieren zu können, wurde die von Februar 1947 bis Januar 1949 bestehende Arbeitsgemeinschaft SED/KPD ins Leben gerufen. Erst im April 1948 kam es zur Wahl eines Parteivorstandes der westdeutschen KPD. Hier kreuzten sich zwei Motive - zum einen offenbarte sich damit die anhaltende gesamtdeutsche Orientierung, zum anderen aber auch das Bestreben, die Parteiorganisationen im Westen von Berlin aus unter Kontrolle zu halten und sie an die hier bestimmte, den Bedingungen im deutschen Westen zunehmend weniger entsprechende Politik zu binden. Die Folge war, dass die westdeutsche KPD organisationspolitisch und in der Konkretisierung ihrer strategischen Orientierung gegenüber anderen politischen Kräften in Rückstand geriet. Allerdings offenbart sich hier ein echtes Dilemma, denn die SED konnte schwerlich glaubwürdig für die deutsche Einheit eintreten und gleichzeitig in ihrer Organisationspolitik die Spaltung Deutschlands als gegebene Tatsache hinnehmen.
- Entsprechend führte die SED auch ihr Bemühen um gesamtdeutsche Gewerkschaften, um eine gesamtdeutsche Jugend- und eine gesamtdeutsche Frauenorganisation fort. Erst 1948 kamen die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften zum Erliegen, auf denen sich eine beträchtliche Übereinstimmung im sozialpolitischen Forderungskatalog gezeigt hatte.
- Natürlich gehören zu diesen Optionen und Aktivitäten nicht zuletzt die Bemühungen um eine gesamtdeutsche Repräsentation, die dann aber nur in eine politisch und territorial eingegrenzte Volkskongressbewegung einmündeten, woran die SED nicht schuldlos war, was dennoch nicht in erster Linie ihr anzulasten ist.

Dieses Herangehen an die deutsche Frage wird verständlicher, wenn wir uns vor Augen halten, dass die genannten Initiativen auf dem Hintergrund erheblicher sozialpolitischer Auseinandersetzungen im deutschen Westen ergriffen wurden. 1946 bis 1948 wurden dort heftige Kämpfe um die Gestaltung der Länderverfassungen - nicht zuletzt um die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien -, Kämpfe um Lohn und Brot, um Mitbestimmungsrechte und anderes mehr ausgetragen.

Wilhelm Pieck hatte auf dem 15. Parteitag der KPD die unmittelbar zu gründende SED als "eine durch und durch deutsche Partei" bezeichnet, als eine Partei, die "unabhängig ist von äußeren Einflüssen und in Deutschland für die wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes kämpft"<sup>19</sup>. Eine solche Aussage wäre für die alte KPD undenkbar gewesen. Sie musste in mehrfacher Hinsicht Deklamation bleiben: *Erstens* war die SED wie alle politischen Organisationen an Gesetze, Verordnungen und Auflagen der Besatzungsmächte, die in Deutschland die oberste Regierungsgewalt ausübten, gebunden. Solch enormen äußeren Einflüssen, die teils begünstigend, teils hemmend wirkten, war die deutsche Arbeiterbewegung noch nie ausgesetzt gewesen. *Zweitens* hatte die KPD wiederholt ihr besonderes Verhältnis zur Sowjetunion hervorgehoben und begründet – eine Tradition der KPD, die Pieck in die Einheitspartei eingebracht wissen wollte. *Drittens* wusste kaum jemand besser als Pieck, dass sich mit der Auflösung der Kommunistischen Internationale der Führungsanspruch der KPdSU (B) und ihres allmächtigen Generalsekretärs in der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung nicht erledigt hatte, sondern mit veränderten Instrumentarien fortgeführt wurde.

Es gab also auch gegenläufige Momente, die der Option und dem Engagement der SED für eine Lösung der deutschen Frage und für eine Vermeidung des kalten Krieges entgegenwirkten, und zwar in wachsendem Maße. Damit wurde auch ihre partnerschaftliche Rolle in einer wünschenswerten deutschen Repräsentation in Frage gestellt. Zu solchen negativen Erscheinungen gehörten:

- Nachwirkungen repressiver Seiten des Vereinigungsprozesses von KPD und SPD,
- die Durchsetzung kommunistischer Dominanz in der Einheitspartei und im Demokratischen Block mit rigiden oder selbstherrlichen Methoden,
- einseitige Parteinahmen für die Positionen der UdSSR,
- überzogene Maßnahmen im historisch und völkerrechtlich generell gerechtfertigten Transformationsprozess in der sowjetischen Besatzungszone,
- unflexible Ablehnung föderaler Strukturen beim künftigen deutschen Staatsaufbau,
- aus der SU übernommene grobschlächtige Methoden der Agitation und Propaganda.

Aber hier wirkten auch Erscheinungen, die nicht, zumindest nicht primär, von der SED zu verantworten waren, wie die anhaltende Nachkriegsnot, Folgen von Reparationen und Demontagen, Enttäuschungen über die neue Ostgrenze, das lange Festhalten deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR unter meist äußerst harten Verhältnissen, das Schalten und Walten des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone, Auswirkungen der Politik der Kominform auf die SED, die fortschreitende Teilung der Welt in zwei sozialpolitische und militärische Weltlager.

Durchschlagend traten diese neuen Tendenzen aber erst 1948 hervor. Zwar wurde im Mai 1948 auf einer Tagung des Parteivorstandes der SED von Pieck erstmals die Möglichkeit einer ostdeutschen Staatsgründung ins Auge gefasst. Aber von da führte kein gradliniger Weg zur DDR. Der anvisierte Kurs auf eine deutsche

Volksdemokratie wurde von Stalin abgebremst. Die Vorbereitung der 1. Parteikonferenz der SED unterschied sich unübersehbar von dem tatsächlichen Inhalt. Die Gründe hierfür finden sich in den Überlieferungen über die Moskaureise der SED-Führung, die vom 12. bis 24. Dezember 1948 stattfand.<sup>20</sup> Stalin hielt an seiner Option für ein neutralisiertes einheitliches Deutschland fest.

Dennoch wurden nun Prozesse in Gang gesetzt, die zwar wesentlich durch die innere Dynamik der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung bedingt und durch die Entwicklung der Bi- und Trizone im Westen herausgefordert waren, aber dennoch auf den Kampf um die deutsche Einheit kontraproduktiv einwirkten. Ihr übergreifendes Kennzeichen war die Durchsetzung zentralistischer Strukturen, verbunden mit Demokratieabbau und Durchsetzung eines autoritären Machtanspruchs der SED. Auf wirtschaftlichem Gebiet traten sie im Zusammenhang mit dem Übergang zur Wirtschaftsplanung und der Einschränkung des kapitalistischen Sektors, aber auch in der Ersetzung der Betriebsräte durch Gewerkschaftsinstanzen in Erscheinung, auf politisch-staatlichem Gebiet in der Erweiterung der Befugnisse der Deutschen Wirtschaftskommission und in erhöhten Machtbefugnissen des Bereiches der inneren Verwaltungen wie auch in der Ausgestaltung des Deutschen Volksrates in Richtung eines Quasiparlamentes, in der Aufhebung des überparteilichen Charakters der Massenorganisationen, besonders der FDJ. In der SED selbst setzte ein verschärfter Kurs der Umwandlung der Einheitspartei in eine Partei neuen Typs Stalinscher Prägung ein. Das äußerte sich vor allem in der Aufhebung der Parität des Funktionärkörpers der SED und im Ausschalten ehemaliger Sozialdemokraten, in der Konzentration der Führungsmacht im neugeschaffenen Politbüro, in der Bildung von Parteikontrollkommissionen, in der einseitigen und dogmatischen Ausrichtung der Parteischulung an den Lehren der Geschichte der KPdSU (B) verbunden mit einem abstoßenden Personenkult um J. W. Stalin, im Übergreifen der neuen, von Moskau ausgehenden Säuberungswelle auch auf den Osten Deutschlands.

Sein Gegenstück fand die Zuspitzung der Auseinandersetzungen im Westen im erneuten Aufleben eines rüden Antikommunismus und in der Aufwertung alter Eliten, die den Nazis willfährig – oft aus innerster Überzeugung – gedient hatten. Symptomatisch war hierfür eine interne Besprechung der Ministerpräsidenten mit dem stellvertretenden amerikanischen Militärgouverneur General Hays am 8. April 1948. Hier wurde unter Punkt eins über die Bekämpfung der Wildschweinplage beraten und unter Punkt zwei über die Bekämpfung einer als viel schlimmer empfundenen Plage, über "Kommunisten im öffentlichen Dienst"<sup>21</sup>, die nun nicht mehr als Zugehörige eines antifaschistischen Lagers, sondern als gefährliches Sicherheitsrisiko eingeschätzt wurden. Eine Entspannung durfte hier nur im Gefolge einer veränderten internationalen politischen Großwetterlage erwartet werden, wofür es Anfang der fünfziger Jahre einige Anzeichen gab. Aber dies kam nicht wirklich zum Tragen.<sup>22</sup>

Wie auch immer – man kann der SED manches vorwerfen, aber nicht, dass sie früher als andere maßgebliche politische Kräfte die deutsche Einheit abgeschrieben hätte. Auch den wirtschaftlichen und staatlichen Maßnahmen, die 1948 eingeleitet wurden, war noch eine Doppelfunktion zugedacht: Sie sollten der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone und ihrer Sicherung auch im Falle einer sich zunehmend als unabwendbar abzeichnenden westdeutschen Staatsgründung dienen, sie waren aber zugleich als Gewinnung einer stabileren Basis für den weiteren Kampf um die Einheit Deutschlands gedacht.

#### Anmerkungen

- 1 Siehe Rolf Badstübner: Clash. Entscheidungsjahr 1947 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 70), Berlin 2007.
- 2 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1: Mai 1945 – April 1946, Berlin 1959, S. 90/91.
- 3 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-Barch), RY 1/I 2/5/39, Bl. 155.
- 4 Rolf Badstübner/Wilfried Loth: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 – 1953, Berlin 1994, S. 50.
- 5 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, hg. v. Günter Benser u. Hans-Joachim Krusch, Bd. 5, München/New Providence/London/Paris 1996, S. 89.
- 6 Ebenda, S. 93.
- 7 Anton Ackermann: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? In: Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, H. 1/1946. In dem 1947 herausgegebenen Lesebuch für Kreisschulen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde Ackermanns Aufsatz erneut abgedruckt, gehörte also bis zum Verdikt von 1948 zum Lehrstoff der Parteischüler.
- 8 Hans-Joachim Krusch/Andreas Malycha: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, Berlin 1990, S. 46.
- 9 WESTBLOCK – OSTBLOCK. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945 – 48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente, hrsg. v. d. Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1992, S. 58.
- 10 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd. 5, S. 152/153.
- 11 Siehe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung, Bd. 5, S. 86, 214.
- 12 Siehe Bericht des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den 2. Parteitag, Berlin 1947, S. 30, 35.  
Siehe auch Günter Benser: Die SED zwischen Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs (1946 – 1948), in: Ansichten zur Geschichte der DDR, hg. v. PDS Linke Liste im Bundestag, Red. Dietmar Keller, Herbert Wolf und Hans Modrow, Bd. I, Berlin 1993, S. 81 – 98.
- 13 Siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. 1, Berlin 1952, S. 91 – 97.
- 14 Siehe ebenda, S. 114 – 137.
- 15 Siehe ebenda, S. 162 – 168.
- 16 Karl Schultes: Der Aufbau der Länderverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1948.
- 17 Siehe Karl Schultes: Die süddeutschen Länderverfassungen, Berlin 1948.

18 Allerdings wurden die Vertreter aus den Westzonen von ihren Besatzungsbehörden in der Regel aufgefordert, ihren Wohnsitz nach Osten zu verlagern oder ihr Mandat niederzulegen.

19 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd. 5, S.221/222.

20 Siehe Badstübner/Loth: A.a.O., S. 246 - 274.

21 Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1949, Hrsg. Bundesarchiv/Institut für Zeitgeschichte, Bd. 4: Januar - Dezember 1948, Bearb. Christoph Weisz/Hans-Dieter Kreikamp/Bernd Steger, München/Wien 1983, S. 442 - 446.

22 Siehe die Ausführungen von Rolf Badstübner zur sowjetischen Note im Jahre 1952 in diesem Heft, S. 12 - 14.

Werner Ruch

### **Vor 60 Jahren erfolgte die Gewerkschaftsspaltung in Berlin**

Zunächst seien folgende Feststellungen getroffen:

- Die Gewerkschaftsspaltung in Berlin war 1948 eine Tragödie für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung. Sie traf auch die internationale Gewerkschaftseinheit. Zwangsläufig lähmte sie den FDGB in der Auseinandersetzung mit der von den Westmächten, speziell von den USA, organisierten Doppelwährung in Berlin.

- Die Bemühungen des FDGB zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit versickerten im kalten Krieg.

Der gewerkschaftliche Neubeginn 1945 in Berlin war von nationaler Bedeutung. Er wurde mit Interesse von der internationalen Gewerkschaftsbewegung verfolgt. Berlin galt schon vor 1933 als nationales und internationales Gewerkschaftszentrum. Die acht Mitglieder des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses, aus den drei wichtigsten Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik kommend, hatten dies zweifellos auch so beabsichtigt.

In Berlin gab es schon vor dem Eintreffen der Truppen der westlichen Alliierten der UdSSR in Berlin im Juli 1945 bereits wieder sauberes Wasser, Licht und Gas, allerdings noch keine Rosinen. Die Verkehrsmittel hatten ihren Betrieb aufgenommen, die städtische Verwaltung kam in Gang. Das öffentliche, religiöse und politische Leben erwachte zu neuem Leben, Kinos und Theater öffneten. Die erste Aufführung im Schillertheater erfolgte am 23. Mai 1945, und im Renaissance-Theater wurde "Der Raub der Sabinerinnen" aufgeführt. So war es nicht nur eine Geste gegenüber den Befreier von Berlin, sondern auch eine logische Konsequenz aus der vorgefundenen Lage, wenn die Alliierte Kommandantur für Berlin am 11. Juli 1945 in

ihrem ersten Befehl<sup>1</sup> verfügte, dass alle vom Chef der Garnison und den Militärkommandanten der Roten Armee der Stadt Berlin und von den unter alliierter Kontrolle stehenden deutschen Behörden ausgegebenen Befehle und Anordnungen bis auf besondere Verfügung in Kraft blieben.

Das bezog sich sowohl auf die Gründung der antifaschistisch-demokratischen Parteien, auf den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands wie auch auf den Vorbereitenden Ausschuss des FDGB Groß-Berlin. Aber schon wenige Tage später machten amerikanische und britische Offiziere dem Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss des FDGB Groß-Berlin das Überleben schwer. In einer Zeit, in der noch längst nicht das innere Misstrauen überwunden war, kam es mit ihnen zu ernstesten Querelen und Missverständnissen. Der FDGB musste seine Existenz als einheitliche Gewerkschaftsorganisation für ganz Berlin behaupten.

Die für die Gewerkschaften zuständigen Besatzungsoffiziere konnten oder wollten sich nicht vorstellen, dass zu den geschichtlichen Lehren für den Neuaufbau der deutschen Gewerkschaften nicht nur gehörte, die Richtungsgewerkschaften zu überwinden, sondern auch der Zersplitterung in Standes- und Branchenorganisationen ein Ende zu setzen und das Prinzip ein Betrieb – eine Gewerkschaft zu verwirklichen. Schließlich erschien ihnen die Vereinigung der 15 Einzelgewerkschaften im Vorbereitenden Ausschuss des FDGB Groß-Berlin eine unheimliche Kraftkonzentration.

Hermann Schlimme wies laut Sitzungsbericht den Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss am 31. August 1945<sup>2</sup> auf die wiederholten Besprechungen mit den Vertretern der englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden hin. "Diese hätten sich genau über den organisatorischen Aufbau des FDGB informiert. Außerdem hätten sie eine baldige Feststellung und Angabe der Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände gewünscht." Am 6. September 1945 informiert Schlimme<sup>3</sup> erneut über eine Besprechung beim Magistrat, in der der englische Oberst Bamfort in seinem Beisein erklärte, dass "offiziell die Gewerkschaften noch nicht da seien". Die Wahl des FDGB-Vorstandes sei gegenwärtig nicht zweckmäßig. "Die offizielle Wahl und Bildung von Körperschaften sollen erst nach Ablauf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Paris stattfinden."<sup>4</sup> Sie fand am 24. September 1945 statt. Bereits am 10. Oktober 1945 trafen Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes in Berlin ein. Hermann Schlimme stellte ihnen die Unterzeichner des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses vor: "Sie sehen hier Männer, die durch eine harte politische und gewerkschaftliche Schule gegangen sind und die für ihre Standhaftigkeit in den Jahren der Hitlerherrschaft in Gefängnissen, Zuchthäusern, in Konzentrationslagern geschmachtet haben. So mancher von uns ist nicht wieder gekommen ... Ich will in diesem Zusammenhang nur den Namen Wilhelm Leuschner nennen."

Den westlichen Vertretern gelang es, die Durchführung der ersten Stadtdelegiertenkonferenz vom 23. September 1945 zu verzögern. Allerdings gab es auch warnende Stimmen im Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss und in einigen Bezirksausschüssen gegen eine übereilte Durchführung der

Stadtdelegiertenkonferenz. Am 6. Dezember 1945 beantwortete der Vorbereitende Gewerkschaftsausschuss im Zusammenhang mit der ausstehenden Stadtdelegiertenkonferenz des FDGB einen Fragenspiegel der Alliierten Kommandantur und verabschiedete eine Wahlordnung mit den dazu gehörigen Unterlagen.<sup>5</sup> Angesichts des seit September 1945 eingetretenen Mitgliederwachstums stimmte er einer Neuwahl der Delegierten zu. So konnte schließlich die erste Stadtdelegiertenkonferenz am 2. Februar 1946 stattfinden.

Im Nachhinein ist es schwer vorstellbar, wie trotz der erwähnten Eingriffe und Querelen die neue Gewerkschaftsstruktur aufgebaut, die Interessen der Mitglieder vertreten und schließlich Ende Dezember 1945 sich im FDGB 300 000 Berliner Arbeiter und Angestellte gewerkschaftlich organisiert hatten. Bereits im Juli hatte der Vorbereitende Gewerkschaftsausschuss eine Denkschrift für ein "Wirtschaftliches Notprogramm" und eine zweite Denkschrift für einen "Plan zum Wiederaufbau der zerstörten Gebäude in Berlin" vorgelegt. Im Herbst folgte ein wirtschaftliches Notprogramm des FDGB zur Sicherstellung der Ernährung, zur Seuchenbekämpfung, zur Vorsorge für den Winter, für Schuh- und Bekleidungsreparaturen und zur Sicherung des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung

Die zweitägige erste Stadtkonferenz des FDGB für Groß-Berlin bestätigte den eingeschlagenen Weg. In einer Resolution zur Tätigkeit der neuen freien Gewerkschaften Berlins heißt es, dass die gewaltigen Aufgaben nur durch eine starke einheitliche Gewerkschaftsbewegung gelöst werden könnten, deren Erfolge durch die Entwicklung zu einer großen Arbeiterpartei gesichert werden.

*Noch zwei bemerkenswerte Vorgänge auf der Stadtdelegiertenkonferenz:*

- Bei der Wahl des 30-köpfigen Vorstandes des FDGB erreichte Jakob Kaiser trotz seines kritischen Diskussionsbeitrages mit 366 Stimmen das beste Wahlergebnis. Kaiser hatte zuvor das Referat zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung gehalten. Eine Woche später wählte ihn der 1. FDGB-Kongress in den Bundesvorstand für die sowjetische Besatzungszone und Ernst Lemmer zu einem der drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

- Nach Abgabe des Berichtes der Wahlkommission erklärte Willy Lehmann, Vorsitzender der Bekleidungsarbeitergewerkschaft Berlins, um nicht nur die Einheitlichkeit der Berliner Gewerkschaften zu wahren, sondern darüber hinaus auch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im gesamten Deutschen Reich zu gewährleisten, übertrage er sein Vorstandsmandat an die recht bekannte Kollegin Minna Amann, Mitglied der früheren christlichen Gewerkschaften. Damit zieht eine energische Frauenvertreterin in den Berliner Vorstand ein.

Offenbar davon tief beeindruckt, ergriff Ernst Lemmer das Wort: Es ist festzustellen, dass es auf unserer Konferenz keine Mehrheitsgruppe gegeben hat, die ihre Meinungsbildung einer stärkeren Minderheit hätte aufzwingen können, sondern dass ebenso wie die anderen Gruppen von der SPD wie auch der KPD das



Gemeinsame über alles gestellt wird. Das ist nicht, wie fälschlicherweise angenommen wurde, eine Gleichschaltung, sondern eine Einschaltung in das Große und Ganze.<sup>6</sup>

*Ein Wort zu zwei wenig beachteten Vorgängen:*

- Fast sechs Wochen nach dem Vereinigungsparteitag gab es in Westberlin keine SED, obwohl in den Westberliner Verwaltungsbezirken Delegiertenkonferenzen zur Vereinigung von KPD und SPD stattfanden, und im sowjetischen Sektor keine SPD. Ihre Lizenz war erloschen. Nur der amerikanische Militärkommandant erkennt sofort die SPD an. In der Berliner Kommandantur war in dieser Frage eine Pattsituation entstanden. Erst durch das Eingreifen des Koordinierungskomitees des Alliierten Kontrollrates kam es in der Berliner Kommandantur zu einer Kompromissregelung. Diese erteilte am 31. Mai 1946 den Befehl zur Anerkennung der Tätigkeit der SED und der SPD in allen Sektoren innerhalb der Stadtgrenzen Berlins.

- Dr. Otto Suhr, vor 1933 bereits führend tätig in der freien Angestelltengewerkschaft und aktiver Mitarbeiter des in Gründung befindlichen FDGB, wurde in den Geschäftsführenden Vorstand gewählt. Er gehörte nach der Urabstimmung in den Westberliner Bezirken der SPD zu jener Mehrheit, die einen sofortigen Zusammenschluss beider Arbeiterparteien ablehnte, aber sich für ihre Zusammenarbeit entschied. Er setzte seine Tätigkeit im Geschäftsführenden Vorstand fort, beendete aber seine Tätigkeit in der Hauptverwaltung für Industrie. Hier war er als Hauptabteilungsleiter Industrie für die Abteilungen Papier, Glas, Kunststoff und Baustoffe vom 1. September 1945 bis zum 31. März 1946 tätig. Künftig sollte er als Generalsekretär der Berliner SPD tätig werden und gleichzeitig Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des FDGB Groß-Berlin bleiben.<sup>7</sup>

*Zu einigen Stationen der Opposition im FDGB, die schließlich die Gewerkschaftsspaltung herbeiführte:*

1946 fanden die Betriebsrätewahlen auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes 22 vom 10. April 1946 statt. Nach Ansicht des FDGB sollten sie im Zeichen der Einheit stehen. Gefordert wurde die Übergangung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Nazis in die Hände der demokratischen Selbstverwaltungsorgane und das Mitbestimmungsrecht zur täglichen Interessenvertretung und für die Planung und Steigerung der Produktion und der Abschluss entsprechender Betriebsvereinbarungen. Die Opposition richtete dagegen ihren Blick während der Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen nicht auf die Einheit und die Wahl der besten Interessenvertreter, sondern auf die Erhöhung des Anteils der oppositionellen Mandate und die Belebung des alten Parteienzwistes. Ihre Forderung nach einer Parteienkennzeichnung der Kandidaten wurde zurückgewiesen. Für die sozialdemokratisch orientierte Opposition blieben die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück.<sup>8</sup> Die Ursache sei nach ihrer Meinung kommunistischen Manipulationen und Wahlfälschung geschuldet. Der FDGB wies diese Verleumdungen entschieden zurück. Zur sachlichen Beurteilung

kann auch Dietmar Staffelt, ehemaliger Senator und seit mehreren Legislaturperioden Mitglied des Bundestages, weiterhelfen. Er untersuchte den Wiederaufbau der Berliner Sozialdemokratie 1945/46: "Die Fusion von KPD und SPD hatte große Lücken in den Funktionärstamm, vor allem im hauptamtlichen Apparat, gerissen."<sup>9</sup> Einer beigefügten Statistik ist zu entnehmen, dass der Mitgliederbestand der SPD von Januar 1946 bis Juni 1946 von 62 554 auf 38 607 sank. Bei den inoffiziellen Zählungen erschienen die "großen Lücken im Funktionärstamm" als Mitglieder der SED auf den Kandidatenlisten.

Parteiintern orientierte der Landesvorstand der SPD auf eine verstärkte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Zur Koordinierung der innergewerkschaftlichen Opposition wurde das Betriebssekretariat beim Landesvorstand ausgebaut. Georg Müller, der auch die faschistische Hölle ertragen musste und beim Neubeginn als FDGB-Funktionär tätig war, wurde bald bekannt als der führende Kopf der "unabhängigen" Gewerkschaftsopposition. Ernst Scharnowski, Betriebsrat im Rathaus Neukölln, gehörte zu seinen engsten Mitarbeitern.

Nach dem Wahlsieg der SPD im Oktober 1946 und dem schlechten Abschneiden der SED wuchs die Hoffnung, bei Beibehaltung des Anspruchs auf Gewerkschaftseinheit den FDGB "umkrepeln" zu können. Es gehört auch zum Verständnis der komplizierten politischen Vorgänge, dass es im Februar und März 1947 zur Annahme des Gesetzes zur Überführung der Konzerne, des Eigentums der Rüstungsmillionäre und Kriegsverbrecher und sonstigen Unternehmen in die Hände der Selbstverwaltungsorgane durch die Stadtverordnetenversammlung kam. Hier gingen die SPD, die SED und die CDU, unterstützt von den Berliner Gewerkschaften, aufeinander zu. Das Schulgesetz (Reform) wurde noch am 1. Juni 1948 in Kraft gesetzt. Schon im Aufruf des FDGB vom 19. September zur Stadtverordnetenwahl wurden diese Gesetze gefordert. Der Aufruf war unterzeichnet von Roman Chwalek, Hermann Schlimme und Ernst Lemmer. Im Vorfeld zu den Wahlen zum Stadtparlament fand der gewerkschaftliche Wahlauf Ruf mit Betriebsrätekonferenzen und auf Großkundgebungen breite Zustimmung. Ein fünfminütiger Warnstreik folgte in der Berliner Industrie.

Zeitgleich mit der Verabschiedung der Gesetze zur Schaffung von Gemeineigentum im Februar und März 1947 beginnt unter Leitung des Betriebssekretariats der SPD die Gewerkschaftsopposition, Parallelstrukturen zum FDGB aufzubauen.

Zunächst wurde eine Gewerkschaftskommission gebildet. In ihr arbeiteten Mitglieder der Vorstände der Einzelgewerkschaften des FDGB und der Bezirksausschüsse mit. Otto Suhr wurde eine Sonderstellung eingeräumt. Im FDGB erfolgte nach der Berliner Spaltung der SPD keine Ausgrenzung jener Gewerkschafter, die weiterhin in der SPD blieben oder sich der Opposition anschlossen. Mit den Wahlen zur zweiten Stadtdelegiertenkonferenz (29. 3. bis 31. 3. 1947) konnte die Gewerkschaftsopposition wiederum ihre Positionen nicht ausbauen. Im Gegenteil, die Gewerkschaftseinheit erhielt neuen Auftrieb. Als Reaktion darauf baute die SPD am 10. Mai 1947 die Struktur der Gewerkschaftskommission weiter aus. Sie bestellte einen

Geschäftsführenden Vorstand, eine Betriebskommission und je eine Kommission für Presse- und Satzungsfragen. In regelmäßiger Folge fanden jetzt Informations- und Koordinierungstreffen für oppositionelle Gewerkschafter statt. Sie nannten sich seit Anfang 1947 Unabhängige Gewerkschaftsopposition (UGO). Sie nutzte die der "Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft 'Wilhelm-Leuschner-Haus' e. V." von der amerikanischen Militäradministration am 29. September 1947 übergebene Villa des hingerichteten NS-Außenministers Joachim von Ribbentrop in Berlin-Dahlem.<sup>10</sup>

Berliner Tageszeitungen berichteten am gleichen Tage von der Enthüllung einer Gedenktafel für Wilhelm Leuschner in der Bismarckstraße 84, seinem letzten Wohnhaus in Berlin-Charlottenburg. Jacques Schwarz<sup>11</sup> vermittelt in einer Schrift zur Erinnerung an Wilhelm Leuschner der Nachwelt folgendes Bild von dieser Ehrung: "An der 'schlichten Feier' nahmen neben der stellvertretenden Oberbürgermeisterin Louise Schroeder unter anderem der Stadtverordnetenvorsteher Otto Suhr, der Stadtrat Ernst Reuter, der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck und der stellvertretende Vorsitzende des FDGB Groß-Berlin Hermann Schlimme teil, der Wilhelm Leuschner aus seiner Tätigkeit im Bundesvorstand des ADGB persönlich gekannt hatte. Louise Schroeder würdigte Leuschner als Vorkämpfer für 'Freiheit und Sozialismus', Hermann Schlimme unterstrich die von Leuschner auf den Weg gegebene Mahnung zur gewerkschaftlichen Einheit. Die Stadtverordnetenfraktionen der SPD, Kreisorganisationen von SPD und SED, der FDGB, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und die Berliner Ortsgruppe der 'Opfer des Faschismus' legten Kränze nieder."

#### *Zur Reaktion des FDGB Groß-Berlin auf die Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947*

In einer Erklärung des FDGB Groß-Berlin vom 17. Dezember 1947, nach dem Scheitern der Londoner Konferenz des Rates der Außenminister, heißt es: "Die Gefahr einer Zerreißung Deutschlands und damit einer Spaltung Europas in zwei rivalisierende Lager ist durch den negativen Ausgang der Londoner Konferenz (27. 11. - 15. 12. 1947) des Rates der Außenminister außerordentlich verschärft und bedrohlich geworden." Trotzdem gab der FDGB die Hoffnung nicht auf, "dass der zerrissene Faden bald wieder aufgenommen und geknüpft wird". Die Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände aller Ebenen stimmten dieser Erklärung zu. Sie erklärten sodann auf ihrer Tagung in der Baugewerksschule am Werlsee bei Berlin feierlich, "dass wir in unserem Kampf für ein wirtschaftlich-politisch geeintes Deutschland nicht erlahmen, bis allen Hindernissen zum Trotz das gesteckte Ziel erreicht ist". Der FDGB unterstützte die Volkskongressbewegung mit dem Ziel, dass nicht über den Kopf der Deutschen ein Friedensvertrag abgeschlossen würde. Einheit und gerechter Frieden gehörten zusammen. Die Berliner Gewerkschaften beteiligten sich aktiv am 1. deutschen Volkskongress, der am Vorabend der Londoner Konferenz eröffnet wurde, ebenso wie am 2. Deutschen Volkskongress. Er fiel zeitlich zusammen mit den Feierlichkeiten anlässlich des 100. Jahrestages der Märzrevolution 1848. Das passte alles schon nicht mehr in das westwärts orientierte Konzept der UGO.

*Welche Schlussfolgerungen zog die UGO aus dem Scheitern der Londoner Konferenz im Dezember 1947?*

Sie trieb die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung auf die Spitze. Am 27. Februar erscheint mit amerikanischer Lizenz die Zeitung "Die Freiheit" als Organ der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaft kaufmännischer Büroangestellter und der Gewerkschaft der Techniker und Werkmeister. Ihr angestrebter Sonderweg zielte auf die Bildung einer Berliner Organisation der Deutschen Angestelltengewerkschaft, die bereits in den westdeutschen Zonen bestand und dort von den DGB-Gewerkschaften als Standesorganisation abgelehnt wurde. Für ihre besonderen Interessen bekam die gewerkschaftliche Opposition in beiden Verbänden eine Mehrheit, die sie bis 1949 zu zeitweiligen Verbündeten der UGO machten. Ihre führenden Funktionäre gehörten noch dem FDGB, der SPD und ihrer Gewerkschaftskommission an. Am 5. März erblickte "Das freie Wort" mit amerikanischer Lizenz das Licht der Welt.

Wie der "Berliner Gewerkschaftsgeschichte FDGB. UGO. DGB"<sup>12</sup> zu entnehmen ist, nahm Georg Müller (SPD) dem FDGB auch dessen ablehnende Haltung zum Marshallplan übel. Er erklärte auf einer Pressekonferenz im Leuschner-Haus am 17. Februar 1948, dass der FDGB mit der Ablehnung des Marshallplanes und durch seine Teilnahme am Volkskongress eindeutig der Politik der SED folge. Diese Erklärung Müllers findet im Frühjahr 1948 dann auch im Wahlauf Ruf der UGO zu den Gewerkschaftswahlen ihren Niederschlag. Inzwischen wurde die Arbeitsgemeinschaft der unabhängigen Gewerkschaftsopposition gebildet, deren Vorsitzender Georg Müller wurde.

Auf einer Kundgebung am 26. Februar 1948 mit Dr. Otto Suhr, Stadtverordnetenvorsteher, Dr. Ottmar Batzel, Bezirksausschuss Mitte des FDGB (CDU), und Erich Galle, im Berliner Vorstand der IG Metall des FDGB Berlin tätig, späterer erster Bevollmächtigter der IG Metall der UGO, stellte Ernst Scharnowski erstmals die politische und menschliche Freiheit über die Gewerkschaftseinheit. Ja, er brachte sie in Gegensatz zueinander. Auf einer Kundgebung der CDU in Neukölln schaltet sich nunmehr auch Jakob Kaiser in den gewerkschaftlichen Spaltungsprozess ein. Er sagte, im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Regierungsumbildung in Prag im Februar 1948 seien die Gewerkschaften missbraucht worden. Dem müsse man in Berlin zuvorkommen. Kaiser ließ schon ahnen, dass in Berlin die Gewerkschaftseinheit der Spaltung der Stadt nicht im Wege stehen dürfe.

*Am 1. Mai 1948 passierte Ungeheuerliches!*

Zum ersten Mal seit der Befreiung fanden in Berlin zwei Kundgebungen zum 1. Mai statt, organisiert von Mitgliedern einer Gewerkschaft, die zwei sich bekämpfenden Maikomitees angehörten. Damit hatte sich die UGO demonstrativ von der Gewerkschaftseinheit verabschiedet.

Auf dem noch von Bombeneinschlägen gezeichneten Vorplatz der Reichstagsruine, gelegen im britischen Sektor, hatte das Maikomitee prominente Befürworter der UGO eingeladen. Neben Ernst Scharnowski, dem kommenden UGO-Vorsitzenden, fanden sich auf der Maitribüne führende Politiker der SPD, der CDU und der LDP ein. Es waren jene Politiker vertreten, die fünf Monate später die Stadtverordnetenversammlung nach Westberlin verlegten. Zu den Rednern gehörte auch Henry Rutz von der AFL (American Federation of Labor). Fast beiläufig wurde in der schon zitierten "Gewerkschaftsgeschichte FDGB. UGO. DGB" vermerkt: "Bei den oppositionellen Gewerkschaften selbst war die eigene Maidemonstration durchaus nicht von allen für die richtige angemessene Maßnahme angesehen worden." Dementsprechend fiel auch die Beteiligung aus. Mit dieser Maikundgebung wurde die letzte Phase der Spaltung der Gewerkschaftseinheit eingeleitet.

Die oppositionelle Aktionsgemeinschaft kürte am 5. Mai 1948 einen Aktionsausschuss. Dieser verfolgte zur 3. Stadtdelegiertenkonferenz des FDGB den Kurs "jetzt oder nie". Er forderte bereits vor der Konferenz vom FDGB-Vorstand Berlin eine paritätische Zusammensetzung aller Vorstände und Sekretariate und der Redaktion "Tribüne". Dann wurde auf einer separaten Vorkonferenz die Forderung auf Parität justiert. Zur zentralen Forderung wurde die Aufhebung der Nichtanerkennung von Mandaten erhoben.

Auch die mehrstündigen Schlichtungsverhandlungen auf der 3. Stadtdelegiertenkonferenz führten zu keiner Anerkennung der aberkannten Mandate. Über die Verhandlungen wird ausführlich in einer Dokumentation "Über die Schuldigen der Spaltung" berichtet.<sup>13</sup> Die Delegierten bestätigten den Bericht der Mandatsprüfungs- und der Wahlkommission. Danach waren 573 Delegierte wahlberechtigt. Von ihrem Wahlrecht machten 431 Delegierte Gebrauch. 67 Mandate wurden wegen Verstoßes gegen die Wahlordnung nicht anerkannt, und sieben Mandate wurden wegen politischer Kennzeichnung für ungültig erklärt. Der "Telegraf"<sup>14</sup> wusste schon am Tag des Konferenzbeginns: "Welche Beschlüsse die heute zusammentretende Konferenz auch fassen mag, sie können nur provisorischer Natur sein. In kürzester Zeit sollten die Mitglieder zu einer in ganz Berlin unter gleichen Bedingungen durchgeführten Entscheidung über die Führung und die künftige Politik der Gewerkschaften aufgerufen werden."

Scharnowski, Müller, Galle setzten nach der Stadtkonferenz ihr Spaltungswerk fort. Sie verlangten Neuwahlen, eine Wiederholung der Konferenz und Urwahl des Vorstandes. Die Satzung und Wahlordnung hatten sie bereits ad acta gelegt. Am 29. Mai 1948 trat der Aktionsausschuss der UGO als "kommissarische Leitung des FDGB Groß-Berlin" auf. Er forderte, "den Anweisungen der Wallstraße (Sitz des Berliner FDGB-Vorstandes) keine Folge zu leisten und weitere Beschlüsse der kommissarischen Leitung abzuwarten. Demzufolge werden die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, die von der Wallstraße zum 1. Juni einberufene Konferenz der Mitglieder der Bezirksausschüsse sowie die Funktionärversammlung der Industriegewerkschaft Metall am 31. Mai nicht zu besuchen."<sup>15</sup> Die Amerikaner hatten es besonders eilig, die UGO anzuerkennen. Die amerikanische Militäradministration sprach am 19. Juni 1948, drei Wochen nach der Stad-

telegiertenkonferenz, eine provisorische Anerkennung aus. Ihr folgten die Briten und Franzosen. Es kann doch wohl kein Zufall sein, dass ausgerechnet am 23. Juni 1948, dem Tage der Währungsspaltung in Berlin, die Tätigkeit des FDGB im amerikanischen Sektor untersagt wurde. Die Zeitzünder des "kalten Krieges" tickten fortgesetzt.

Der FDGB Groß-Berlin schlug daraufhin erneut am 14. Juni 1948 Alarm mit einer Massenkundgebung im Friedrichstadtpalast. Da dessen Räume total überfüllt waren, mussten auch die umliegenden Straßen in die Kundgebung einbezogen werden. In einer Entschließung verurteilten die Teilnehmer der Kundgebung die Übergabe der FDGB-Büros im amerikanischen Sektor an die UGO. Danach kam es auch zu Verhaftungen, so des Hauskassierers Paul Lassberg, und zu starken Behinderungen des FDGB im britischen und französischen Sektor. Von der noch einheitlichen Stadtverordnetenversammlung und den zuständigen Organen des Magistrats blieb eine Anerkennung der UGO aus. Sie erfolgte erst, bis auch die Abteilung Arbeit des Magistrats unter Leitung von Waldemar Schmidt (SED) im Oktober 1948 in die Hände der Stadtverwaltung von Ernst Reuter (SPD) fiel. Am 14. August 1948 beschlossen die inzwischen gebildeten Verbandsvorstände die Konstituierung des "Bundes der unabhängigen Gewerkschafts-Organisationen Groß-Berlin". Bekanntlich hatten die Westmächte schon im Juli ihre Zustimmung gegeben. Die Vollendung der Spaltung konnte nicht schnell genug gehen. Ernst Scharnowski, Bundesvorsitzender der UGO, überbrachte nach Angaben des "Freien Wortes" vom 26. 11. 1948 dem AFL-Kongress Grüße im Namen von 200 000 demokratischen Gewerkschaftern aus Berlin. Die UGO erfasste im September 83 349 Mitglieder und der FDGB 731 201 Mitglieder. Wie dem zweiten Geschäftsbericht der UGO<sup>16</sup> zu entnehmen ist, wurden am 6. April 1949 170 300 und am 30. Juni 1950 198 718 Mitglieder registriert.

Diese Vorgänge in Berlin wurden auch zum Stolperdraht für die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften. Vertreter der UGO waren bemüht, gleichberechtigt an den Interzonenkonferenzen teilzunehmen. Sie versuchten dies bereits auf der 8. Interzonenkonferenz (13. – 15. 5. 1948 in Heidelberg, wenige Tage vor der Stadtkonferenz des FDGB). Die UGO-Vertreter waren angereist mit Henry Rust von der amerikanischen AFL. Dieses Ansinnen wurde noch abgelehnt. Auf der 9. Interzonenkonferenz stimmten dann aber die Gewerkschaftsvertreter der amerikanischen und britischen Zone und einzelne Vertreter der französischen Zone einer Teilnahme zu. Dem Protokoll der 9. Interzonenkonferenz ist zu entnehmen: "Vor Eintritt in Punkt 2 der Tagesordnung wurde ein von der unabhängigen Gewerkschaftsopposition übersandtes Schreiben verlesen, in dem Beschwerde wegen gewisser Vorkommnisse bei den Gewerkschaftswahlen in Berlin erhoben wird. Die Stellungnahme des Präsidiums, dass die Interzonenkonferenz sich nicht in innerorganisatorischen Angelegenheiten der einzelnen Bünde einmischen könne, wurde ohne Widerspruch gebilligt."<sup>17</sup> Es folgte die Feststellung: "Mit der Vertagung ist die Konferenz einverstanden. Man einigte sich auf eine Vertagung der Konferenz. Kollege Ludwig erklärt, dass die Fortsetzung der 9. Interzonenkonferenz in

Münster am Stein in der französischen Zone stattfindet." Diese Fortsetzung kam nie zustande.<sup>18</sup> Die Vertreter des FDGB Groß-Berlin luden sofort und später schriftlich die Vertreter der Interzonenkonferenz zum 4. Oktober 1948 nach Berlin ein, um selbst vor Ort eine Untersuchung vornehmen zu können. Dieser Einladung wurde nicht gefolgt. So erlitt durch die Berliner Gewerkschaftsspaltung die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung schweren Schaden.

Der Gründungskongress des DGB (12. – 14. 10. 1949) in München versagte der UGO zunächst noch die Aufnahme als Landesbezirk des DGB. Das wurde von Ernst Scharnowski, Bundesvorsitzender der UGO, als ein Nachgeben gegenüber dem FDGB gewertet. Noch waren die Interzonenkonferenzen, zu der sich die deutschen Gewerkschaften mit Hilfe des Weltgewerkschaftsbundes in der ersten Nachkriegszeit durchgerungen hatten, nicht vergessen. Der in Berlin auf so drastische Weise 1946 wieder aufgeflamnte Bruderzwist der Arbeiterparteien, ausgetragen in den Gewerkschaften, führte zu ihrer folgenschweren Spaltung.

#### Anmerkungen

- 1 Siehe Berlin Quellen und Dokumente 1945 – 1951, 1. Halbband, bearbeitet durch Hans J. Reichardt, Hannes Treutler, Albrecht Lampe, Landesarchiv Berlin, Abteilung Zeitgeschichte. Hrsg. Im Auftrage des Senats von Berlin, Heinz Spitzing Verlag, Berlin 1964, Dok. Nr. 73, S. 132.
- 2 Vgl. Gewerkschaftlicher Neubeginn, Dokumente 1945/46. Hrsg. und eingeleitet von Horst Bednarek, Albert Behrendt und Dieter Lange. Sitzungsbericht Nr. 10 v. 31. Aug. 1945 des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin, S. 82, Verlag Tribüne, 1975.
- 3 Ebenda: Sitzungsbericht Nr. 11 v. 6. Sept. 1945, S. 92.
- 4 Die Erklärung von Oberst Bamfort widersprach dem Befehl Nr. 1 vom 11. Juli 1945 der Berliner Alliierten Kommandantur, der alle bisherigen Befehle und Anweisungen des sowjetischen Militärkommandanten für Berlin für gültig erklärt hatte.
- 5 Vgl. Gewerkschaftlicher Neubeginn, Dokumente 1945/46, Sitzungsbericht Nr. 22 v. 6. Dezember 1945, S. 157. Siehe auch Entwurf einer Plattform "Sichert die Einheit in den Betrieben. Plattform über die Grundsätze und Aufgaben der Freien Deutschen Gewerkschaften, v. 5. Dez. 1945, S. 248 – 257.
- 6 Protokoll Erste Stadtdelegiertenkonferenz 2. – 3. Februar 1946, Magistratsdruckerei Berlin, März 1946, S. 81.
- 7 Otto Suhr 1894 – 1957. Ein politisches Leben. Katalogbeitrag einer Ausstellung des Landesarchivs Berlin in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei, 17. Aug. bis 30. Sept. 1994, Katalogbeitrag Henrike Hilsberger, S. 19.
- 8 Siehe: Betriebsrätewahlen November 1945 – September 1946. LAB C Rep. 910, Nr. 1379.
- 9 Staffelt, Dietmar: Der Wiederaufbau der Berliner Sozialdemokratie 1945/46 und die Einheitsfrage. Europäische Hochschulschriften, Peter Lang, Frankfurt am Main, Bern, New York.
- 10 Siehe: Berichte über die Tätigkeit der Gewerkschaftsopposition Juli 1946 – Oktober 1948. LAB C Rep. 910, Nr. 1618 und BArch Dy 34, Nr. 20216.
- 11 Schwarz, Jacques: Berlin. Orte des Erinnerns und Gedenkens. Wilhelm Leuschner. Hrsg. VSSB e.V. Berlin 2004, Verein zum Studium sozialer Bewegungen e.V. Berlin.
- 12 Vgl. Berliner Gewerkschaftsgeschichte. FDGB. UGO. DGB von 1945 bis 1950. Hrsg. DGB, Landesbezirk Berlin, 1971, Druckerei Rudolf Otto, Berlin.

- 13 Siehe: Die Schuldigen an der Spaltung der Gewerkschaften von Groß-Berlin, eine Sammlung von Tatsachenmaterial über die Vorgänge in der Berliner Gewerkschaftsbewegung, Teil I. Hrsg.: Vorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Groß-Berlin, 1948. Ebenda. Berlin Quellen und Dokumente 1945 - 1951, I. Halbband, Dokumente Nr. 606 - 622. hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearbeitet durch Hans J. Reichardt, Hanns U. Treutler, Albrecht Lampe, Landesarchiv Berlin - Abteilung Zeitgeschichte. Heinz Spitzing Verlag, Berlin 1964.
- 14 Vgl. Die Zeitung "Telegraf" v. 21. Mai 1948.
- 15 Vgl. Die Zeitung "Sozialdemokrat" v. 29. Mai 1948.
- 16 Siehe UGO, Zweiter Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. März 1949 bis 30. Juni 1950, Landeszentralbibliothek Berlin, Signatur 13 (12) 23/180.
- 17 Siehe: Die Schuldigen an der Spaltung, Fortsetzung. Hrsg.: Vorstand des FDGB Groß Berlin. Das Zitat ist auszugsweise im Vorwort.
- 18 Bednareck, Horst: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 - 1990, S. 63. Hrsg. Horst Bednareck, Harald Bühl, Werner Koch, Verlag am Park, 2006.

Dr. Kurt Laser

### **Spaltungen in der Berliner Wirtschaft**

Erst am 2. Dezember 1948 konnte der neugebildete Magistrat das "Gesetz zur Überführung von Konzerneigentum und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum" und die "Verordnung zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten" in Kraft setzen. Dabei war die letztgenannte, von der SED-Fraktion eingebrachte Verordnung am 27. März 1947 sogar mit allen Stimmen der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden, und bereits am 13. Februar hatte die SED-Fraktion dem von der SPD vorgelegten Konzernenteignungsgesetz zugestimmt. Carl Hubert Schwennicke lehnte die Vorlage im Namen seiner LDP-Fraktion allerdings glatt ab. Die CDU-Fraktion hatte dagegen am 10. Dezember 1946 sogar eine Vorlage über ein "Berliner Gesetz zur Vorbereitung einer deutschen Gemeinwirtschaft" eingebracht. Die Vertreter der Westmächte in der Alliierten Kommandantur ließen sich Zeit mit der Entscheidung und wiesen dann gegen sowjetischen Widerspruch am 26. August 1947 das Konzernenteignungsgesetz und die ergänzende Verordnung wegen angeblicher Mängel an den Magistrat zurück. Dieser schob die Sache auf die lange Bank. Das war noch vor den entscheidenden Schritten - der separaten Währungsreform in den drei Westsektoren und der Einberufung der Stadtverordnetenversammlung in den britischen Sektor durch Otto Suhr am 27. August 1948 - ein Beispiel dafür, wer Deutschland und Berlin wirklich gespalten hat.

Die sowjetische Regierung und die SED setzten sich eindeutig für den Erhalt der politischen und wirtschaftlichen Einheit ein. Doch sie wollten natürlich erreichen, dass grundsätzliche Veränderungen vollzogen



wurden, um die wirtschaftliche Macht der Konzerne zu beseitigen und die Nazi- und Kriegsverbrecher zu bestrafen.<sup>1</sup> Da galt dann im Westen das Motto: Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb. Dass Enteignungen den Konzernherren nicht passten, ist verständlich. Sie sträubten sich mit allen Mitteln dagegen und hatten dabei natürlich die Unterstützung der Westmächte und der drei anderen Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus.

Nun könnte man sich natürlich auf den Standpunkt stellen – und viele tun das ja auch –, dass durch die Demontagen, die Sequestrierung und Enteignung von Betrieben und die Bildung sowjetischer Aktiengesellschaften zur Sicherung der Reparationsansprüche der UdSSR die Spaltung vorbereitet wurde. Aber wenn bekanntlich die SED bei den Wahlen im Oktober 1946 auch nur rund 20 Prozent der Stimmen erhalten hatte, für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher gab es durchaus Mehrheiten. So drohte für die Konzerne eine Ordnung, die ans große Eigentum rührte. Dafür nahmen sie jede Spaltung in Kauf, zunächst einmal auch die des eigenen Betriebes.

Die Herren von der AEG waren natürlich bemüht, ihren Besitzstand im Osten Berlins zu erhalten. Bereits in den ersten Tagen nach dem Wiederbeginn der Produktion in den Apparatefabriken Treptow im Mai 1945 tauchte der frühere Fabrikdirektor Schätz auf. Er sammelte aus solchen Mitgliedern der alten Leitung, die sich nicht allzu offen im faschistischen Sinne betätigt hatten, eine neue AEG-Direktion für diesen Betrieb. Doch durch Forderungen der Kollegen konnte der Rücktritt von Schätz erzwungen werden. Auch sein Nachfolger Hartmann wollte den Betrieb für die AEG retten. Am 3. November 1945 fand auf dem Werkhof eine Belegschaftsversammlung statt, zu der der größte Teil der Mitarbeiter erschien. Die Mehrheit der Versammelten forderte die Enteignung des Betriebes. Die Apparatefabriken Treptow wurden dann im Januar 1946 aus dem AEG-Konzern herausgelöst und durch den Magistrat von Groß-Berlin in provisorische Verwaltung übernommen. Am 21. Oktober 1946 erfolgte die Umwandlung in einen SAG-Betrieb.<sup>2</sup>

Im Kabelwerk Oberspree (KWO) versuchte die Zentralverwaltung der AEG, die ihren Sitz im britischen Sektor von Berlin hatte, die Produktionsaufnahme zu verzögern. Sie verlangte ständig betriebsinterne Informationen, zum Beispiel Aufstellungen über die von der SMAD aus dem Betrieb entnommenen Maschinen. Sie forderte Bezahlungen durch das KWO an die Westberliner Zentralverwaltung für Rohstofflieferungen, die das KWO aber aus der sowjetischen Besatzungszone erhalten hatte. Der Oberingenieur und Chefkonstrukteur des AEG-Konzerns Brünger erschien im Oberschöneweider AEG-Betrieb, versuchte Patente und Zeichnungen mitzunehmen und forderte Fachkräfte auf, in die Turbinenfabrik Hannover oder das Transformatorenwerk Stuttgart zu kommen. Am 24. Januar 1946 wurde das Kabelwerk Oberspree unter Treuhandverwaltung gestellt und am 1. November 1946 in eine Sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt.<sup>3</sup>

Auch der Rüstungsbetrieb Bergmann in Wilhelmsruh wurde 1945 unter Treuhandverwaltung gestellt. Damit war den Konzernleitungen von AEG und Siemens, die in der Vergangenheit den Betrieb als Hauptaktionäre kontrolliert hatten, die Verfügungsgewalt entzogen.

1947 beschloss die Landesleitung der SED, in Wilhelmsruh einen Betrieb aufzubauen, der den Namen Bergmann-Borsig erhielt. Der wenige Kilometer vom Werk in Wilhelmsruh entfernte ehemalige Rüstungsbetrieb Rheinmetall Borsig AG bei Borsigwalde am Tegeler See im französischen Sektor war am 14. November 1946 durch französisches Militär besetzt und dann stillgelegt worden. Maschinen und Anlagen wurden nach Frankreich transportiert, ein Teil wanderte in den Schrott, und einige Lastkähne voll wurden im Tegeler See versenkt.

Wenn von Demontagen die Rede ist, werden ja in der Regel nur die sowjetischen genannt. Die Aktionen der französischen Besatzungsmacht in Borsigwalde zeigen, wie das auch in anderen Besatzungsgebieten passierte. Das Ganze richtete sich auch gegen die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone, für die der Abriss dieses Werkes einen schweren Schlag bedeutete. Denn von hier sollten neben Lokomotiven und Kesselanlagen auch andere hochleistungsfähige Maschinen, Dampfturbinen, Pumpen, Kompressoren, Kälтанlagen und weitere Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus für Industrie, Bergbau, Verkehr, Landwirtschaft, Wasser- und Energieversorgung geliefert werden. Der stellvertretende Berliner Oberbürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg erklärte am 20. Juni 1947, dass eine solche Politik betrieben werde, "um mit möglichst geringen Mitteln eine möglichst nachhaltige Schädigung der Ost-Berliner Industrie und der Industrie in der Ostzone herbeizuführen".<sup>4</sup> Der neue Betrieb Bergmann-Borsig stellte nun Elektroenergiemaschinen für die gesamte sowjetische Besatzungszone her. Die Übernahme des Betriebes Bergmann-Borsig in Volkseigentum erfolgte am 8. Februar 1949.<sup>5</sup>

Der Konzernleitung von OSRAM gelang es im September 1945, Glühlampenfertigungsmaschinen, die nach Uhlstädt und Apolda in Thüringen verlagert worden waren, und fertige Lampen aus dem Lager in Torgau in die Westberliner Osrambetriebe zu dirigieren. Am 23. Mai 1946 beschlagnahmte das Bezirksamt Friedrichshain das Werk D des Konzerns in der Ehrenberg- bzw. Rotherstraße, setzte Treuhänder ein und untersagte gleichzeitig der Konzernleitung, irgendwie über den Betrieb zu verfügen. Am 8. Februar 1949 wurde der Betrieb als VEB Berliner Glühlampenwerk in Volkseigentum überführt. Die Konzernleitung von OSRAM in Westberlin versuchte die Entscheidung rückgängig zu machen. Schon bei der Beschlagnahme durch das Bezirksamt Friedrichshain im Jahre 1946 hatte sie bei der Treuhandstelle Protest eingelegt und behauptet, es gebe keine Gründe dafür. Nach der Enteignung stellte die Konzernleitung am 2. März 1949 entgegen den Tatsachen fest: "Wir haben weder für den Krieg gearbeitet noch am Krieg verdient. Wir haben unseren Betrieb während des Krieges auch nicht auf Kriegsarbeit umgestellt ... Wir waren auch kein Nazibetrieb." Da der Einspruch nichts nutzte, versuchte die Konzernleitung, den Absatz von Erzeugnissen des

Berliner Glühlampenwerkes im Interzonenhandel mit der Behauptung zu verhindern, das BGW verletze Patentrechte des Konzerns. Doch da der Sitz des OSRAM-Hauptgeschäftes im Werk D war, konnten – im Unterschied zu verschiedenen anderen Betrieben im Osten – die Patente nicht von den in Westberlin gelegenen OSRAM-Konzernbetrieben beansprucht werden.<sup>6</sup>

Die Spaltung erfolgte auch bei der BEWAG. Unterlagen, Geräte und Ersatzteile wurden heimlich nach Westberlin geschafft. Für die Kraftwerke Klingenberg und Rummelsburg bestimmte Materialien kamen in für diesen Zweck vorbereitete Lager in Westberlin. Aus den Werkstätten in der Rosenstraße wurden Messinstrumente, Zähler und andere Betriebseinrichtungen in den in Berlin-Marienfelde neu eingerichteten Zählerprüfraum gebracht. Die Spalter verlegten die Geräteabteilung in die Sellerstraße und einen Teil des Fuhrparks in das Shell-Haus in der Bendlerstraße (heute Stauffenbergstraße). Das alles führte zur Vernachlässigung der Versorgung von Werken und Anlagen im sowjetischen Sektor zugunsten der Westberliner Betriebsteile. Möglichst viele Beschäftigte sollten veranlasst werden, ihren Arbeitsplatz nach Westberlin zu verlegen. Am 6. Dezember 1948 proklamierten die Direktoren Dr. Strassmann und Wissel Westberlin als Sitz der BEWAG und ließen sich endgültig in dem schon lange für diesen Zweck vorbereiteten Shell-Haus nieder. Der Regierende Bürgermeister von Westberlin Ernst Reuter erklärte das Vorstandsmitglied Prof. Dr. Hans Witte für abgesetzt. Doch der Magistrat von Groß-Berlin ernannte ihn am gleichen Tag zum Hauptdirektor des Betriebes. Seit Ende 1948 existierten in Berlin nun zwei Energieversorgungsunternehmen, die sich beide Berliner Kraft- und Licht AG (BEWAG) nannten.<sup>7</sup>

Wie der Zugriff auf Konzerneigentum verhindert werden sollte, möchte ich noch besonders am Beispiel der Knorr-Bremse AG zeigen. Hier setzten schon vor Kriegsende Maßnahmen ein, um den Betrieb möglichst vor dem sowjetischen Zugriff zu bewahren. Am 13. April 1945 waren noch einige Maschinen, Werkzeuge und anderes Material in die zum Knorr-Konzern gehörenden Werke in Volmarstein und in die Südbremse nach München gesandt worden. Wenige Tage vor dem Beginn des Sturms der Roten Armee auf Berlin im April 1945 beschloss der Vorstand die Verlagerung von Werkteilen nach Helmstedt, das später in der britischen Besatzungszone liegen sollte. Wegen fehlender Transportmöglichkeiten hatte diese Entscheidung aber fast keine Wirkung mehr. Ganze 92 Maschinen wurden in Richtung Helmstedt versandt, aber unterwegs von sowjetischen Truppen beschlagnahmt. Zum Schluss standen 17 beladene Waggons in Berlin.<sup>8</sup> Die schweren Maschinen konnten eben nicht so leicht verlagert werden. Die wichtigsten Produktionsunterlagen und die Wertpapiere aus den Tresoren der Deutschen Bank ließen sich dagegen nach Westen in "Sicherheit" bringen.

Am 30. April 1945 setzten der sowjetische Stadtkommandant von Berlin-Lichtenberg Oberst Massow und der stellvertretende Lichtenberger Bürgermeister den Prokuristen Stanowsky und den Obergeringieur Uthke als kommissarische Leiter ein. Stanowsky, seit 36 Jahren in der Knorr-Bremse, wollte die Interessen der Werkleitung der Knorr-Bremse AG wahrnehmen. Es kam daher zu Differenzen mit der sowjetischen

Militäradministration. Er verließ am 25. Juli 1945 das Werk, und am 21. August 1945 ernannte der Lichtenberger Bürgermeister Uthke zum Betriebsleiter. Stanowsky wurde am gleichen Tag von der sowjetischen Kommandantur das Betreten des Werkes verboten.

Die Knorr-Bremse zog sich nach 1945 auf ihre Niederlassungen in den Westsektoren Berlins und in der britischen Besatzungszone zurück. Die neugegründete Knorr-Bremse GmbH nahm zunächst im Westberliner Gummiwerk Kübler, das auch zum Konzern gehörte, ihren vorübergehenden Sitz. Da ein Gummiwerk keine Möglichkeiten für die Bremsenherstellung bot, zog das Unternehmen weiter in die Tochterfirma Knorr-Bremse GmbH, Stahlwerk Volmarstein in der britischen Besatzungszone. Das war der vorläufige Rechtsnachfolger des Berliner Betriebes.<sup>9</sup> Nach einer Zwischenstation bei den Motorenwerken in Mannheim wurde schließlich das Tochterwerk Süddeutsche Bremsen AG in München der endgültige neue Sitz der Knorr-Bremse AG.

Eine Tochtergesellschaft der Knorr-Bremse war auch die Firma Carl Hasse & Wrede, deren 1942 errichtetes Hauptwerk in Berlin-Marzahn 1945 demontiert worden war und dann 1949 enteignet wurde. Die Carl Hasse & Wrede GmbH hatte sich schon 1945 auf ihren Stammsitz in Berlin-Britz zurückgezogen und hier erneut mit der Fertigung von Werkzeugmaschinen begonnen. Beim Umzug aus Marzahn waren einige Materialien, größtenteils Halbfabrikate, mitgenommen worden, die der Knorr-Bremse gehörten und für den Neubeginn der Produktion der Knorr-Bremse in der Hirschberger Straße gebraucht wurden.<sup>10</sup> Am 22. Juli 1946 ließ die Leitung des Betriebes Knorr-Bremse durch einen Einspanner 408 Schlauchkupplungen aus dem im US-amerikanischen Sektor Berlins gelegenen Betrieb Carl Hasse & Wrede GmbH in ihr Werk in der Hirschberger Straße schaffen. Einen Tag später schickte die Knorr-Bremse wieder einen Einspanner und außerdem noch einen Zweispänner nach Britz, um die restlichen Schlauchkupplungen abzuholen. Doch jetzt gab es Schwierigkeiten bei der Rückführung des Materials in die Hirschberger Straße. Der zuständige Mitarbeiter von Hasse & Wrede Brunner teilte telefonisch mit, dass er die beiden Wagen unbeladen zurückschicken müsse, weil angeblich für die Herausgabe des Materials zunächst eine Genehmigung des US-Hauptquartiers erforderlich sei. Nun fuhr der Knorr-Mitarbeiter Krause nach Britz. Rhode, der kommissarische Geschäftsführer von Hasse & Wrede, telefonierte in seiner Gegenwart mit dem US-Hauptquartier in Berlin-Steglitz und erhielt die Auskunft, dass für diese Rückführung tatsächlich die Genehmigung des US-Hauptquartiers erforderlich sei. Die Firma Hasse & Wrede solle einen schriftlichen Antrag dorthin richten, über den dann entschieden werde. Krause hatte allerdings den Eindruck, dass Rhode in dieser Angelegenheit mit der Leitung der in Westberlin neugegründeten Knorr-Bremse GmbH verhandelt hatte. Diese stand auf dem Standpunkt, dass die durch das Bezirksamt Friedrichshain erfolgte Beschlagnahme des Materials aufgehoben werden müsse, weil die Knorr-Bremse auf Grund des Befehls Nr. 124 von Marschall Shukow nicht mehr dem Bezirksamt Friedrichshain unterstehe, sondern in eine sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt worden war. Natürlich bekam das Bremsenwerk das ihm gehörende Material aus Berlin-Britz nicht zurück.<sup>11</sup> Die

Feststellung, dass die Knorr-Bremse in eine sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, war zwar richtig, berechtigte aber keineswegs dazu, das diesem Betrieb gehörende Material zurückzuhalten. Doch die Entwicklung im Osten sollte eben auf alle nur erdenkliche Weise gestört werden.

Die endgültige Übernahme des Betriebes Knorr-Bremse als SAG-Betrieb wurde durch einen Befehl von General Kotikow rückwirkend zum 1. Oktober 1946 vollzogen. Die Eintragung der UdSSR als Eigentümer des bisher auf den Namen Knorr-Bremse Aktiengesellschaft eingetragenen Grundstückes erfolgte am 1. September 1947. Das teilte das Amtsgericht Berlin-Lichtenberg der Knorr-Bremse Aktiengesellschaft in Berlin-Grunewald am 31. März 1948 mit. Rund vier Jahre später, am 26. März 1952, sandte der ehemalige Direktor der Knorr-Bremse AG, Dr. Otto Leibrock, der sich Auszüge dieser Eintragung beschafft hatte, Kopien an die Direktion der Knorr-Bremse GmbH in Mannheim. Er schrieb: "Aufgrund vertraulicher Nachrichten, die mir zuzugingen, halte ich es für zweckdienlich, die vorbezeichneten Grundbuchauszüge dort aufbewahren zu lassen. Da diese Benachrichtigung für uns bei der Wiedervereinigung Deutschlands von grundlegender Bedeutung sind, bitte ich, sie sorgfältig aufbewahren zu wollen."<sup>12</sup> Doch das dauerte noch fast vier Jahrzehnte. Dazwischen lagen noch über 35 erfolgreiche Jahre des Berliner Bremsenwerkes zunächst als SAG- dann als volkseigener Betrieb.

Dann kam die "Wiedervereinigung". Zwar gelang der Knorr-Bremse nach der Wende keine Rückübertragung, da die Enteignung als Kriegsverbrecherkonzern als rechtmäßig anerkannt wurde. Doch am 6. Juni 1990 bildete die Knorr-Bremse AG München mit dem VEB Berliner Bremsenwerk eines der ersten deutsch-deutschen Gemeinschaftsunternehmen, die Berliner Bremsenwerk - Knorr-Bremse AG. Es nahm seine Geschäftstätigkeit am 1. Juli 1990 auf. Die Knorr-Bremse München als "ausländischer Partner" war zunächst mit 49 Prozent beteiligt.<sup>13</sup> Die Treuhandanstalt übertrug der Gesellschaft dann in einem Sacheinlagenvertrag das zeitlich unbegrenzte Recht, Grund und Boden des Berliner Bremsenwerkes zu nutzen. So erhielt das Unternehmen seinen früheren Besitz faktisch unentgeltlich zurück. Vom Grundkapital des Gemeinschaftsunternehmens in Höhe von 17 Millionen DM übernahmen die Knorr-Bremse AG München 65 Prozent und die Treuhand AG "zur Verwahrung in Volkseigentum" 35 Prozent, die dann am 25. Februar 1991 ebenfalls an die Knorr-Bremse AG übergingen. Am 12. Dezember 1991 entstand durch Fusion die Knorr-Bremse Berlin - Zweigniederlassung der Knorr-Bremse AG. Am 22. März 1991 verkaufte die Knorr-Bremse AG den Grund und Boden sowie die Gebäude am Ostkreuz, die zusammen mit rund 11 Millionen DM bilanziert waren, für 185 Millionen DM an das Architektenbüro J. S. K./Perkins & Will. Das in Frankfurt/Main ansässige Unternehmen Joos und Szlang errichtete hier mit einem Investitionsaufwand von 1,5 Milliarden DM das Dienstleistungszentrum Ostkreuz. Da die historischen Stockwerksbauten in der Hirschberger Straße eine moderne, auf die Produktion in einer Ebene angewiesene Fertigung nicht mehr zuließen, kaufte die Knorr-Bremse am 20. Dezember 1991 für 64 Millionen DM die Immobile des ehemaligen VEB Berliner Werkzeug-

maschinenfabrik Marzahn, der hierher in den fünfziger Jahren umgesiedelt war. Dabei handelte es sich um das Gebäude von Hasse & Wrede, des früheren Zweigwerkes der Knorr-Bremse AG. 1992/93 wurden Produktion und Verwaltung der Zweigniederlassung der Knorr-Bremse nach Berlin-Marzahn verlegt.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. Gerhard Keiderling, Berlin 1945 - 1984. Geschichte der Hauptstadt der DDR, Berlin 1987, S. 226 ff., 309 ff.; Kurt Laser, Die Durchführung des Sozialisierungsgesetzes in Berlin; Werner Ruch, Auseinandersetzungen in Berlin zur Überführung der Konzerne und Vermögen der Kriegsverbrecher, Kriegsgewinnler und Naziaktivisten in Gemeineigentum, beide in: Volksentscheide in Sachsen und Hessen 1946 und die weitere Auseinandersetzung um die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 28, Bonn 1997, S. 103 ff. und S. 235 ff.
- 2 Vgl. Hans Radandt, Die Vorgeschichte der EAW Berlin-Treptow 1926 bis 1946, Berlin 1962, S. 65 ff.; Kurt Laser, Das Werk der befreiten Arbeiterklasse. Geschichte des Kombinats VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow, Berlin 1979, S. 43 ff.
- 3 Vgl. Heinz Berger/Rudolf Dix, Geschichte des VEB Kabelwerk Oberspree "Wilhelm Pieck" 1945 - 1961, (Berlin 1987), S. 13 f., 27.
- 4 Zitiert nach: Gerhard Zeising, Geschichte des VEB Bergmann-Borsig Berlin-Wilhelmsruh, Teil 2. Die Bergmann-Elektrizitäts-Werke in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Die Gründung des VEB Bergmann-Borsig 1945 - 1949, Berlin o. J., S. 39.
- 5 Vgl. ebenda, S. 23 ff., 37 ff., 49; Ohne Kapitalisten geht es besser. Zum 10jährigen Bestehen unseres volkseigenen Betriebes Bergmann-Borsig, o. O., o. J., S. 32.
- 6 Vgl. Hans Keil, Hermann Roth, Arbeiter machen Geschichte. Geschichte des VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Berliner Glühlampenwerk, Berlin 1980, S. 87, 100 ff.
- 7 Vgl. Unsere Kraft. Betriebsgeschichte der BEWAG 1. Teil 1884 - 1949, Berlin 1973, S. 102 ff.
- 8 Vgl. Arbeiter machen Geschichte. Vom kapitalistischen Konzern Knorr-Bremse zum sozialistischen Großbetrieb Berliner Bremsenwerk. Die Betriebsgeschichte und Arbeitertraditionen im Überblick, o. O., o. J. (Berlin 1988), S. 48; Rainer Schott, Die Arbeit des Vorstandes der Knorr-Bremse AG in en Jahren 1943 bis 1945, in: Beiträge zur Betriebsgeschichte, Heft 3, Redaktion: Rainer Schott, Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED VEB Berliner Bremsenwerk, Berlin 1985, S. 28; Manfred Pohl, Sicherheit auf Schiene und Straße! Die Geschichte der Knorr-Bremse AG, München, Zürich 2005, S. 124.
- 9 Vgl. Franz-Ludwig Neher, Fünfzig Jahre Knorr-Bremse, München 1955, S. 78 f.
- 10 Vgl. Landesarchiv Berlin (im folgenden LAB), C Rep. 434, Nr. 14, unpaginiert.
- 11 Vgl. LAB, C Rep. 434, Nr. 42, unpaginiert.
- 12 Firmenarchiv der Knorr-Bremse AG, München, Nr. 1946, unpaginiert.
- 13 Vgl. KNORR BREMSE aktuell, Heft 11, September '90, S. 4.

**Zum 150. Geburtstag von Adolph Hoffmann**

Aus diesem Anlass hat Gernot Bandur zwei Arbeiten vorgelegt, in denen das interessante, facettenreiche Leben und Wirken des bedeutenden sozialistischen Politikers und kreativen freigeistigen Aufklärers Adolph Hoffmann (22. 3. 1858 – 1. 12. 1930) gewürdigt wird. Sie gründen sich auf einen umfangreichen literarischen und archivalischen Quellenfundus und weitere ausgedehnte Recherchen zu seinen Lebensumständen.

Gernot Bandur: Adolph Hoffmann. Leben und Werk. Freireligiöser, sozialistischer Verleger und Politiker, Hg. von der Humanistischen Akademie Berlin. Redaktion: Eckhard Müller, Berlin 2008. In: [www.humanistische-akademie.de](http://www.humanistische-akademie.de)

Gernot Bandur: Zum 150. Geburtstag Adolph Hoffmanns, dem "Zehn-Gebote-Hoffmann". In: "Freidenker", Köln, 67. Jg. (2008), Nr. 1. – [www.freidenker.de](http://www.freidenker.de)

**Ergänzung des Veranstaltungsplanes** (vgl. *Geschichtskorrespondenz*, Januar 2008, S. 35)

Donnerstag,                    Die Volksrepublik China nach dem 17. Parteitag der KP Chinas.  
26. Juni 2008                Einführung: Botschafter a.D. Rolf Berthold  
   (Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24; Beginn: 16.00 Uhr)

# Einladung

## Walter Ulbricht

in seiner Zeit

Zu diesem Thema findet am

**Sonnabend, dem 14. Juni 2008**

in Berlin unser 28. gemeinsames **Kolloquium** statt.

Wir laden herzlich zur Teilnahme ein.

*Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte  
der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE*

*Geschichtskommission  
beim Parteivorstand  
der DKP*

Das Kolloquium tagt von **10.30** bis 17.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Friedrichshain, Krossener Str. 9/10 (am Boxhagener Platz)

Wahlkreisbüro von MdEP Sahra Wagenknecht

(S-Bhf. Ostkreuz oder Warschauer Str., U-Bhf. Samariterstr./U 5,

Straßenbahnen: M 10/Haltestelle Warschauer Str./Grünberger Str.,

M 13/Hast. Wühlischstr./Gärtnerstr., 21/Hast. Wismarplatz

Bus: 240/Hast. Boxhagener Platz)



**Vorträge:**

*Prof. Dr. Eckhard Trümpler*

Walter Ulbricht – sein Platz in der Geschichte

*Dr. Norbert Podewin*

Walter Ulbrichts späte Reformen und ihre Gegner

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574